

Bezugspreis: Vierteljahr 12.- M. monatlich 4.- M. ...

MORNING NEWS

Anzeigenpreis: Die neungespaltene Kompositionszeile ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Donnerstag, den 10. November 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Stundung der Januar-Reparationen?

Mailand, 9. November. (EP.) Der „Secolo“ meldet aus London: In britischen Finanzkreisen verlautet, daß die Alliierten Deutschland einen Aufschub der Januarzahlungen bewilligen würden...

Paris, 9. November. (CC.) Der „Temps“ präzisiert den Zweck der Berliner Reise der Reparationskommission nach Berlin folgendermaßen: Um die Zahlung von 500 Millionen Goldmark am 15. Januar sicherzustellen...

Es ist vielleicht nicht unrichtig, die Meldung des „Secolo“ mit der Verlautbarung des „New York Herald“ (vgl. „Vorwärts“ Nr. 530) in Zusammenhang zu bringen.

Die Meldung des „Temps“, die nicht in allen Teilen klar ist, würde dieser Annahme nicht widersprechen.

Frankreich kündigt den Handelsvertrag mit Italien! Rom, 9. November. (WIZ.) Die französische Regierung hat den Ende Februar 1922 ablaufenden Handelsvertrag...

Das Programm der englischen Opposition.

London, 9. November. (EP.) Der Führer der Liberalen Asquith hielt gestern eine große politische Rede, in der er ausführte, daß das Ende der Regierungskoalition nahe bevorstehe.

Mafnahmen gegen die Markentwertung.

Das Reichskabinett wird am Donnerstag Beratungen über Eindämmung der Markentwertung pflegen, um Richtlinien für die kommenden Beratungen mit dem Reparationsauschuß aufzustellen.

Vor den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Die die PPN. an zuständiger Stelle erfahren, sand zur Vorbereitung der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien heute im Auswärtigen Amt unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors v. Stockhammer eine Sitzung des Unterausschusses für das Zollwesen statt.

Der stellvertretende deutsche Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien, Staatssekretär v. Sewald, und der preussische Generalvertreter beim deutschen Bevollmächtigten, Staatssekretär a. D. Dr. v. Göppert, werden in den nächsten Tagen in Breslau und Oberschlesien mit Vertretern der Unternehmer wie der Beamten, Angestellten und Arbeitnehmer...

Generalstreik in Rom.

Rom, 9. November. (EP.) Infolge mehrerer Zwischenfälle zwischen Faschisten und Eisenbahnern wurde in Rom der Generalstreik erklärt, der je nach Umständen ein bis zwei Tage dauern kann.

Die Einreiseerlaubnis nach Sowjetrußland.

Riga, 9. November. (DE.) Der Rat der Volkskommissare hat angeordnet, daß die Einreise von Ausländern in die Russische Sowjetrepublik nur auf Grund von Genehmigungen erfolgen darf, welche bei den sowjetrussischen Auslandsvertretungen nachzusuchen sind.

Das Russische Zentralerziehungsausschuss hat die Wiedereinführung der Strafschließung verbreecherischer Elemente in den entlegenen Randgebieten der Sowjetrepublik beschlossen.

Für den Konsumentenschutz.

München, 9. November. (WIZ.) Das bayerische Gesamtministerium hat zum Schutze der Verbraucher einen Erlass veröffentlicht, worin es heißt, daß viele gewissenlose Leute die Not des Volkes infolge der rapid wachsenden Teuerung mißbrauchen, um sich in trasser Selbstsucht und Habgier maßlos zu bereichern.

Coucheurs Washingtonreise demontiert. Der „Temps“ stellt die Nachricht, daß Briand Coucheur nach Washington gerufen habe, als unzutreffend hin.

Die Konferenz von Washington.

Am 12. November, einen Tag nach dem Jahrestag des Waffenstillstandes, tritt die Konferenz von Washington zusammen, an der neben den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan als den Hauptbeteiligten, auch Frankreich, Italien, Holland und China teilnehmen.

England war vor dem Kriege der Geldgeber der gesamten Welt. Schon während des Krieges traten die Vereinigten Staaten an die Stelle Englands. Nach dem Kriege schuldeten England, Frankreich, Belgien, Italien, Kanada mit Neufundland und Rußland den Vereinigten Staaten an öffentlichen Anleihen eine Summe von 11 803 624 816 Dollar.

Die Vereinigten Staaten sind demnach für England ein ungleich gefährlicherer und unangenehmerer Handelskonkurrent geworden, als es Deutschland vor dem Kriege war.

Inzwischen nehmen die Flottenrüstungen aller drei Großmächte ihren Fortgang. Nach einer Aufstellung von Archibald Hardy wird im Jahre 1924 die Flotte der Vereinigten Staaten 35 Schlachtschiffe und Schlachtkreuzer mit einer Gesamttonnage von 1 150 650 Tonnen umfassen.

Ankündigung der englischen Presse, Singapore sei als Basis für eine große englische Stille-Meer-Flotte auszuweisen, kann mehr als ein Bluff sein. Es ist auch möglich, daß die in Aussicht gestellte Vergrößerung der holländischen Kriegsflotte nicht ganz frei von englischen Beeinflussungen ist. Aber es muß trotzdem bezweifelt werden, ob das englische Kolonialreich als Sieger aus diesem sieberhaften Wettrennen hervorgehen würde. Die Flottenrüstungen nehmen das Staatsbudget außerordentlich stark in Anspruch, und es ist wohl nicht ganz falsch, wenn von Sachkennern vorhergesagt wird, der längste Beutel werde auch den längsten Arm haben. Das Flottenbudget der Vereinigten Staaten verschlingt 500 Millionen Dollar, die japanischen Rüstungsausgaben 50 Proz. der gesamten Staatseinkünfte, und Englands Flottenetat ist seit 1914 von 49 Millionen auf 91 Millionen Pfund angeschwollen. Bei einem Wettrennen würde weder England noch Japan gleichen Schritt halten können.

Die Vereinigten Staaten führen hauptsächlich zwei Umstände nach Washington. Die diplomatischen Vertreter Amerikas schieden vorzeitig aus den Friedensverhandlungen in Paris aus. Die Entscheidungen, die dort gefällt wurden, entsprachen nicht immer seinen Interessen. Es erhob Protest gegen die Zuteilung der Insel Yap und der Gebiete von Schantung und Kantschau an Japan; es erhob Protest gegen die einseitige Zuteilung der Mesopotamien in Mesopotamien an England. Der amerikanische Widerstand richtet sich also vor allem gegen die Verteilung der früher deutschen Kolonien. Insofern wird sich die Konferenz von Washington mit einer Revision des Versailler Vertrages beschäftigen. Hinzu kommt, daß die Vereinigten Staaten eine Beteiligung an der Ausbeute der Petroleumquellen in Hollandisch-Indien wünschen, die trotz energischer Interventionen des Weißen Hauses am Haag bis auf weiteres in den Händen der englisch-niederländischen Shellgesellschaft (Royal Dutch) sind, während die amerikanischen Interessenten ausgeschaltet bleiben.

Um die Bedeutung dieser Frage für die Vereinigten Staaten würdigen zu können, ist es notwendig, einen kurzen Rückblick auf die Handelspolitik der Vereinigten Staaten zu werfen. Die Vereinigten Staaten haben seit jeher im Stillen Ozean ihr Handelsmeer. Nach dem Kriege mit Spanien besetzten sie im Jahre 1898 die Philippinen und die Insel Guam im Stillen Ozean. Von dort breiteten sie ihre wirtschaftliche Interessensphäre nach China aus. Amerikanische Ratgeber beeinflussten die chinesische Regierung, die wichtigsten Eisenbahngesellschaften und die Finanzierung des chinesischen Staates sind in ihrer Hand. Jede Ausbreitung Japans bedroht die amerikanischen Interessen im Osten. Die Zuteilung der Insel Yap aus dem deutschen Kolonialbesitz im Stillen Ozean an Japan mußte Amerika um so schmerzlicher empfinden, als diese Station durch Kabei mit Guam und Hollandisch-Indien verbunden ist und als Stützpunkt bedrohlich werden kann. Die Abtretung Kantschun und Schantung gibt Japan die Brückenköpfe, von denen aus es die Umklammerung Chinas vornehmen kann. Hier fordert Amerika Revision der Vertragsbestimmungen, und es ist wohl kein Zufall, daß sich China gerade jetzt mit aller Energie gegen die japanische Invasion zur Wehr setzt. Die Vereinigten Staaten werden in der chinesischen Frage die Unterstützung Englands und Frankreichs finden. Englands, weil ein Teil seiner Kronländer gleich den Vereinigten Staaten in einer japanischen Expansion eine Bedrohung ihrer eigenen Existenz befürchtet; Frankreichs, weil Frankreich in China verhältnismäßig geringe Interessen hat, und weil es sich durch seine Unterliegung auf diesem Kampffeld die Militärherrschaft über Europa verbriefen lassen möchte.

Nicht minder dringend ist für die Vereinigten Staaten eine Neuregelung der Ausbeute der Erdoilvorkommen. Vor dem Kriege schien Amerika der Weltbeherrscher auf dem Petroleummarkt zu sein. Zuverlässige Statistiken errechneten, daß zwei Drittel des gesamten Erdöls in

amerikanischen Händen waren. Die neuen Statistiken lassen kein klares Bild darüber zu, wie stark sich das Verhältnis verschoben hat, fest steht aber, daß die Vereinigten Staaten längst nicht mehr die Alleinherrscher sind und daß die Lebensdauer der nordamerikanischen Petroleumquellen stark begrenzt ist, während in anderen Gebieten, hauptsächlich in Niederländisch-Indien, fortwährend neue Quellen gefunden werden, die viel ausgiebiger zu sein scheinen. Da man inzwischen in der Kriegsmarine und Industrie vielfach zur Erdoilfeuerung übergegangen ist und sich diese Befuerung als sehr rationell und praktisch erwiesen hat, bemühen sich die Vereinigten Staaten und England um die Wette, sich die besten Quellen zu sichern. So bietet heute die bereits erwähnte englisch-niederländische Shellgruppe der früher allein herrschenden Standard Oil Company eine scharfe Konkurrenz. Der Hauptkampf geht um Mittelamerika, China, Rußland und Hollandisch-Indien.

Während sich beim ersten Fragenkomplex die Front der Vereinigten Staaten gegen Japan wandte, wendet sie sich in diesem Punkt gegen England. Wie hier die Kräfteverteilung auf der Konferenz sein wird, läßt sich nicht übersehen; es ist jedenfalls ein außerordentlich kluger Schachzug der französischen Regierung, daß sie kurz vor der Abreise ihrer Regierungshäupter nach Washington den schwerwiegenden Kontrakt mit der kemalistischen Regierung einging, der in London so bitterböses Blut erregte und der Frankreich auch in der Frage der Mesopotamischen Oelvorkommen zu einem Faktor von entscheidender Bedeutung macht.

Überblickt man das Ganze, so ergibt sich, daß Amerikas Stärke in seiner ungebrochenen wirtschaftlichen Enisaltungskraft liegt, die sich durch den Krieg wichtige Vormachtstellungen zu erobern wußte, und die den maritimen Rüstungen jene die Weltbeherrschung sichernden Grundlagen verleiht. Englands Stärke beruht auf seinem mächtigen, über die ganze Welt verbreiteten Landbesitz und auf seinen alten Beziehungen, die sich unter jener geschickten Außenpolitik, die sich unter dem Deckmantel der offenen Tür überall Sonderstellungen sicherte. Japan endlich, das in den letzten Jahrzehnten eine erstaunliche Aufwärtsbewegung zu verzeichnen hatte, kann seine zentrale Lage unmittelbar im Kollisionszentrum ins Feld führen. Es liegt kein Anlaß vor, daran zu zweifeln, daß die Vereinigten Staaten mit dem ehrlichen Willen nach Washington gehen, Friedenspolitik im guten Sinne des Wortes zu treiben, wenn das Prinzip der offenen Tür, wie sie es wünschen, durchdringt. Sie sind in der glücklichen Lage einer jungen Weltmacht, stark genug zu sein, um Freihandel und offene Märkte als vorteilhaft zu empfinden. Schwerer ist es für England, auf seine bisherige Weltbeherrschung zu verzichten und an die Stelle des britischen das Banner der angelsächsischen Weltbeherrschung zu pflanzen. Den bittersten Kelch wird Japan zu leeren haben. Hier ist eine junge Großmacht, deren Bevölkerung und industrielle Entwicklung über die eigenen Grenzen hinausdrängt und der der bisher landläufige Weg zu ungehemmter Entwicklung verweigert werden soll. Erschwerend kommt hinzu, daß man gerade in den Vereinigten Staaten und in einzelnen Kronländern Großbritanniens Japan die offene Tür mit sieben Riegeln versperrt, die man von ihm in China und im Stillen Ozean fordert. Die Schwierigkeiten eines Interessenausgleichs der drei hauptbeteiligten Großmächte sind außerordentlich, und vielleicht ist es schon viel, wenn man von der Konferenz in Washington die Klärung der Frage erwartet: Amerikanisch-englisch-japanische Interessengemeinschaft oder Erneuerung des englisch-japanischen Kampfbündnisses.

Kein Verbot des Erfurter „Nosen Echos“. Das Erfurter „Nosen Echo“ sollte einer Meldung zufolge verboten sein. Wie den VPR von der Pressestelle des Oberpräsidiums in Rigaeburg mitgeteilt wird, trifft diese Nachricht nicht zu.

Neuwahlen in Portugal. Durch Dekret wurde die Auflösung der portugiesischen Kammer verfügt. Die Neuwahlen wurden auf den 11. Dezember festgesetzt.

Demokraten und Erfüllungspolitik.

Die Ankunft der Reparationskommission in Berlin veranlaßt das „B. Z.“, in einem bemerkenswert eindringlichen Artikel die Frage aufzuwerfen, welche Finanzlage die Reparationskommission vorfindet. Das „B. Z.“ rückt von aller Katastrophopolitik deutlich ab und stellt eine Reihe von Forderungen auf, die im demokratischen Lager ernsthaft Beachtung verdienen:

Die Hoffnung, daß nur das Ausland uns helfen kann, ist trügerisch. Zunächst müssen wir uns einmal selbst zu helfen versuchen. Dazu gehört eine möglichst beschleunigte Verabschiedung der Steuergesetze, die je länger ihr Inkrafttreten hinausgezögert wird, mehr und mehr an Wert verlieren. Dazu gehört eine ganz wesentliche steuerliche Erfassung der Valuta- und sonstigen Spekulationsgewinne, wie sie bereits von der Reichsregierung beschlossen ist. Dazu gehört eine neuerliche, verstärkte Ausfuhrkontrolle, um dem Ausverkauf vorzubeugen, und eine beträchtliche, allgemeine Heraushebung der Ausfuhrabgaben. Dazu gehört vor allem eine Kontrollierung und Rugharmachung der Auslandsguthaben. Dazu gehört, so oder so, eine Erfassung der Sachwerte.

Das „Tageblatt“ weist auch die Bedingungen, die die Industrie an ihre Kreditorschläge geknüpft hat, als Provokation einer Art industrieller Nebenregierung zurück und befreit, daß die Kredithilfe als ein Erlaß für die Erfassung der Sachwerte angesehen werden kann. Zur Reform unserer Währung verlangt das „B. Z.“:

Unsere Auslandsguthaben sind durch Kapitalverschiebungen und stehengelassene Gegenwerte für geleistete Waren heute bereits, schätzungsweise, auf mehrere Milliarden angeschwollen. Kann man dieses Geld nicht fruchtbar machen, kann man diese Goldwerte nicht zum Aufbau einer deutsch-internationalen Währung benutzen und mit dieser Pari-Währung die nächsten Barverpflichtungen an die Entente erfüllen? Auf dem Wege dieser Erfassung der Sachwerte, auf die hin eine amerikanische oder eine internationale Zettelbank dann Noten in dreifachem Betrage (bei zwei Milliarden also sechs Milliarden) ausgeben könnte, würde die ganze Welt unmittelbar an dem finanziellen Wiederaufbau Deutschlands und an der Reparation interessiert werden.

Die Forderungen, die das Berliner demokratische Organ hier aufstellt, enthalten kein Wort, das nicht auch von uns unterschrieben werden könnte. In der Frage der Erfassung der Sachwerte genügt aber die Beschlagnahme der verfallenen Kapitalien nicht, ihr muß eine Heranziehung der im Inland verbliebenen Sachwerte an die Seite gestellt werden. Die Beschlagnahme des steuer- und landesflüchtigen Kapitals bedarf der Mitwirkung aller anderen Weltmächte, und es würde viel Zeit verstreichen, bis diese erreicht ist. Auch hier sind wir also zu nächst auf die Selbsthilfe angewiesen, müssen jedoch fordern, daß die Entente uns in dem Bestreben, die Auslandsguthaben zur Wiedergutmachung heranzuziehen, unterstützt.

Würden sich alle demokratischen Kreise über die dringendsten Forderungen der Stunde ebenso klar sein wie das „B. Z.“ in diesem Artikel so wäre ihre ganze Vogelstraußpolitik der Demokraten in der Erfüllungsfrage überflüssig.

Die Feier in Hamburg.

Hamburg, 9. November. (Eigener Drahtbericht). In Hamburg wurde der 8. Jahrestag der Revolution in feierlicher Weise begangen. Im ganzen Stadtgebiet fanden 23 statt beladene Demonstrationen, Versammlungen statt, in denen der Bedeutung des Tages voll Bedauern gedacht wurde. Am Vormittage waren unter starker Beteiligung der Parteigenossen an den Gräbern der Revolutionen von der sozialdemokratischen Partei und vom Arbeiteralltag Groß-Hamburg Kränze niedergelegt worden.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß Dienstag in Eisenmünde der Dampfzug kam mit 616 Heimkehrern aus Rußland einetroffen ist. Von diesen sind 29 ehemalige Kriegsgefangene und 282 zivilgefangene Reichsdeutsche aus der Ukraine.

Zehn Minuten.

Von Artur Zidler.

Was ist die Zeit? Die Philosophen balgen sich seit Jahrtausenden um den Begriff. Es ist wie mit der Elektrizität: wir nützen sie, kennen ihre Gewohnheiten, ihre Gesetze und Wirkungen — sie selbst kennen wir nicht. Und die Zeit? Wir messen sie in Krügen, die wir Uhren nennen, bezeichnen sie in Quantitäten als Minuten, Stunden, Tage, Monate, Jahrhunderte — aber ihr Wesen ist uns fremd. Minuten können uns ewigkeiten werden, Jahre wie ein Traum entschwinden — und der Mensch, der vom Dache eines vierstöckigen Hauses fällt, erlebt in den Sekunden des Sturzes sein ganzes Dasein noch einmal.

Jahrhunderte bereiten eine Stunde vor, jene Stunden, die Geschichte ganzer Völker wie Eisgebirge gegeneinander türmen. Das gibt dann die großen Daten der Geschichte. Das sind die Momente donnernder Erfüllung; jeder hört sie, und alle sind ohnmächtig dagegen. So im August 1914, im Herbst 1918. Lwinen der Zeit!

Aber es gibt auch Minuten, die klopfen nur an, die warnen nur, mahnen zur Besinnung, künden an. Sie sind für solche, die hören können und wollen, sind wie die Klopfgelster, an die der Spiritist glaubt: Hüte dich, Mensch! Besinne dich, ehe es zu spät wird!

Dabei erinnere ich mich, wie man in England der Wiederkehr des Tages gedachte, der die Einstellung der Feindseligkeiten des Weltkrieges brachte. Nur zwei Minuten lang gerann der Verkehr der Riesenstadt; doch diese zwei Minuten genügte, um dem so leicht vergehenden Geschlecht einen Wind jüher Erkenntnis durchs Hirn zu blasen: Wilt Ihr, was war? Vier Jahre lang! Was haben wir gelitten! Welcher Wahnsinn! Die Toten! Das verlorene Gut! Nie, niemals wieder. . .

Gestern fuhr ich mit der Hochbahn. Zweiter Klasse. Mit der „besseren Menschheit“ von Berlin, die den höheren Tarif gern bezahlt, um nicht in die Berlegenheit zu kommen, vor einer alten müden Arbeiterfrau aufstehen zu müssen. Ich wollte ihre Gesichter sehen, wenn die rasende Haft der Schnellbahn stockt, um für eine Weile in die Zeit zu horchen. Ein Blick auf die Uhr. Drei Uhr vierzehn Minuten. Wir haben eben den Bahnhof Bülowstraße in Richtung Gleisdreieck verlassen. Einige Herren, die es besonders eilig hatten, standen bereits auf, um als erste den überfüllten Wagen verlassen zu können.

Drei Uhr fünfzehn! Auf offener Straße hält der Zug. Das fällt zuerst nicht auf, es kommt oft vor, daß der Zug keine Einfahrt hat. Da sagt es einer laut: „Zehn Minuten dauert es.“ Die Hochbahner feiern die Revolution. . . Mit einem Schlag sind die Gesichter verändert. Ohne daß jemand spricht, fühlt man: jeder nimmt Stellung zu einer Sache, der er sich nicht entziehen kann — der sich mit eiserner Notwendigkeit ändernden Zeit. Es klopf. Die Zeit klopf an die reflektierten Scheiben der Hochbahn zweiter Klasse:

„Wir! Alle Räder. . . Wer von Euch darinnen glaubt, wir seien nicht mehr auf der Wacht, weil wir schlafen und arbeiten, während Ihr schreit und spekuliert auf dem Feld der deutschen Arbeit — hüte Euch!“ Zehn still rinnende Minuten reden ihre Sprache, vernehmbar und bestimmt.

Dann gleiten langsam die Räder wieder an. . .

Ein zerbrochenes Paradies. Durch die Schriften Karl Wißs und G. Krauses ist uns die Insel Bali als ein Paradies geschildert worden, auf dem sich eine ursprüngliche Kultur und Kunst frei und schön entwickelte. Aber auch dieses Paradies ist nun vernichtet worden, durch die Gewalt der Natur und durch den Unverstand der Europäer. Wie F. M. Huebner im „Kunstblatt“ berichtet, wurde die Insel Bali im Januar 1917 von einem gewaltigen Erdbeben heimgesucht, das viele Tausende von Einwohnerhäusern und Kultstätten zerstörte. Die Eingeborenen wollen noch immer nicht an den Wiederaufbau gehen, da sie aus der Verwüstung der Tempel den Groll der Götter zu entnehmen glauben. Die holländische Regierung hat nun den Vorsitzenden des Bundes niederländisch-indischer Kunstvereine Roelien mit einer sachmännlichen Begutachtung beauftragt, die dieser in einer Denkschrift niedertelegt. Er betont, daß mit der fortschreitenden „Zivilisierung“ Balis durch die Holländer die berühmten eingeborenen Kunsthandwerkerzünfte immer mehr verschwinden und häßliche Rußbauten die Schönheit der Insel beeinträchtigen. Es gab früher neun verschiedene Gattungen von Künstlerzünften, in deren Händen die Tradition des Bauens lag; sie waren von anderen Arbeiten befreit und erhielten von den Landesfürsten alle Mittel des Lebensunterhaltes umsonst. Die niederländische Regierung zieht nun diese Künstler wie alle anderen Balileute zu Dienstverrichtungen heran, und so sind die Träger der künstlerischen Ueberlieferung auf wenige zusammengedrumpft. Es wäre daher notwendig, dieses Dasein wieder neu zu beleben. Zugleich müßten auch die modernen europäischen Bauten eingestellt werden. Warum werden auf Bali,“ fragt Roelien, „Schulen gebaut und Klubhäuser errichtet, die nichts mit der Art dieses Volkes gemein haben, die sein geistiges Gleichgewicht zerstören und die es nicht besser und nicht verständlicher machen?“ Er verlangt daher Gesetze zum Schutze der Kulturdenkmäler und gibt Hinweise zum Wiederaufbau der Tempel sowie zur Neubedeutung der Schaffenslust unter den Balileuten.

Synthetischer Alkohol. In Burgbäumen (Oberbayern), ist, wie die „Mitschau“ meldet, eine Versuchsanlage im Bau begriffen, die jährlich etwa 10 000 Hektoliter Weingeist aus Kaliumkarbid synthetisch wird erzeugen können. Die Badische Antlin- und Sodafabrik stellt seit Ende 1920 Karbidspiritus her, um die durch den Friedensvertrag geforderten Karbidstoffmengen erzeugen zu können. Im ersten Vierteljahr 1921 wurden in Ludwigshafen 1000 Hektoliter Weingeist hergestellt, die Leistungsfähigkeit der Anlage kann aber auf 16 000 bis 20 000 Hektoliter jährlich gesteigert werden. — An Sulfidspiritusfabriken sind noch 10 im Gange. Sie haben 1920 nur 33 000 Hektoliter Weingeist erzeugt. Eine wirtschaftliche Gewinnung von Polyspiritus erwies sich als unmöglich, die letzte zu Versuchszwecken noch betriebene Fabrik ist 1921 stillgelegt worden.

Massen-Telephongespräche. In Amerika ist soeben ein verbesserter drahtloser Fernsprechapparat in die Praxis eingeführt worden, der, wenn er das hält, was die amerikanischen Sachverständigen sich von ihm versprechen, bestimmt erleichtert, eine Revolution im Fernsprechen einzuführen. Ist es doch mit seiner Hilfe möglich, einer Menge von Hunderttausenden von Zuhörern, die auf den Plätzen oder in den Sälen einer Stadt versammelt sind, die Reden eines Ministers im Parlament so deutlich zu machen, als wenn die Zuhörer im Sitzungssaal anwesend wären. Die Probe auf das Exempel ist am vergangenen Sonnabend von dem Präsidenten Harding gemacht worden, der in Washington gelegentlich der Eröffnung der drahtlosen Zentralstation in Long-Island bei New York eine Rede hielt, die in New York und Chicago so deutlich wie in San Francisco zu hören war. Das Instrument, das den Laut der Stimme über eine Entfernung von rund 5000 Kilometern trägt, ist unter dem populären Namen „Lautsprecher“ bekannt, oder, weil aus vervollkommneter als die bisher schon benutzten Lautverstärker. Der Apparat ist so klein, daß er bequem in einem Blumenstrauß oder in einem der auf der Ministerbank stehenden Briefkästen Platz finden kann. Er überträgt die Laute so treu und deutlich, daß die Stimme gegebenenfalls tausendmal verstärkt werden kann, ohne daß sie an Deutlichkeit der Aussprache irgendwie verliert.

Neue Expeditionen zur Nachprüfung der Relativitätstheorie werden von England und Amerika ausgerüstet werden, um im September nächsten Jahres die totale Sonnenfinsternis zu beobachten. Die Forschungsreisen gehen nach der Nordwestküste des westlichen Australiens, wo die längste Dauer dieses Himmelsvorganges vom festen Land aus beobachtet werden kann. Die englische Expedition hat zu ihrem Beobachtungsort die Weihnachtsinsel, etwa 2000 Kilometer nordwestlich von der australischen Küste, ausgewählt, während das amerikanische Vid-Observatorium Wollan an der australischen Küste ausserloren hat. Der Hauptzweck der Expeditionen besteht darin, von den Sternen in der Nähe der Sonne in dem Augenblick der völligen Verfinsternung photographische Aufnahmen zu machen und diese Aufnahmen zur Prüfung der Einsteinschen Theorie zu benutzen, indem die Lage der Sterne auf den Photographien der Sonnenfinsternis mit Photographien derselben Sterne verglichen wird, die nach diesem Vorgange genommen werden.

Musik. Die russische Klavierspielerin Dumberkina, ein seit Jahren in Berlin nicht ausgeübter Oskawerwert des kürzlich verstorbenen Meisters, wird am Donnerstag 7/11, Uhr im Harmonica am Zoo aufgeführt. Clemens Schmallich dirigiert den jüngst gebildeten Orchesterverein der Schupolizei. — Am Großen Schauspielhaus findet Sonntag, den 13. 11/11, Uhr, ein Konzert im Verband der konzertierenden Künstler unter Mitwirkung hervorragender Solisten und der Staatskapelle statt.

Das Deutsche Theater bringt Strindbergs „Osten“ am 16. zum ersten Male. Die Regie führt Karlheinz Martin.

Vorträge. In der Gesellschaft für Volksbildung spricht Freitag 8/11, Dr. Gullas Wang im Gürsaal 122 der Universität über „Deutsche Arbeiterbildung“.

Kunstchronik. Die Akademie der Ränke veranstaltet demnächst eine Ausstellung von Werken Karl Bleichens, des ausgezeichneten Künstlers, der zu Beginn des vorigen Jahrhunderts den Grund zur modernen Landschaftsmalerei gelegt hat. Bleichen hat nach romantischen Anfängen Licht und Farbe so überzeugend wiedergegeben, daß er als einer der wichtigsten Vorläufer der Impressionisten bezeichnet werden muß.

Die künftige Beamtenbesoldung.

Die neuen Reichsbeamtenbesoldungsgesetze sind dem Reichstage zugegangen, die preussische Vorlage wird dem Landtage heute vorgelegt werden. Beide Vorlagen werden noch im Laufe dieser Woche verabschiedet werden. Bis zum 15. d. M. sollen alle Beamten die fälligen Nachzahlungen erhalten, und zwar Quartalsgehaltsempfänger eine Nachzahlung für das laufende Quartal, die Monatsgehaltsempfänger die Nachzahlungen für Oktober und November.

Für das Reich ergeben sich Mehrkosten von 7 1/2 Milliarden Mark, hiervon entfallen auf das Verkehrsministerium 3,75, auf die Post 2,25, auf die anderen Ressorts 1,5 Milliarden Mark. Für Preußen sind 2 1/2 Milliarden Mark erforderlich. Die Wartegelder werden von 18 000 auf 60 000 M., die Witwengehälter von 900—9000 M. (Höchstbetrag) auf 3000 bis 28 000 M. erhöht.

Die Dienstbezüge für Dreiklasse A betragen für einen verheirateten Beamten mit 2 Kindern als Höchstgehalt nach Abzug der Steuern in Gruppe 1: 23040 M., in 2: 24 760, in 3: 26 680, in 4: 28 340, in 5: 29 950, in 6: 32 110, in 7: 34 610, in 8: 37 920, in 9: 41 440, in 10: 45 400, in 11: 50 335, in 12: 58 915, in 13: 73 855 M.

Was Frankreich erwartet.

Paris, 9. November. (WZB.) In der heutigen Sitzung der Kammer ergreift bei der Beratung der Finanzlage Frankreichs der Berichterstatter des Finanzausschusses de Lasteyrie das Wort. Er erklärte, er spreche mehr um die Regierung zu fragen, welche Maßnahmen sie ins Auge fasse hinsichtlich der Lage, wie sie in Deutschland durch den mehr oder weniger gewollten Marksturz herbeigeführt wurde. Frankreich habe große Opfer gebracht, es habe auf ein Viertel seiner Forderungen gegen Deutschland verzichtet. Die Reparationskommission sei aus ihrer lethargie erwacht und nach Berlin geeilt. Der Sturz der deutschen Mark und der österreichischen Krone würde nur den geldlichen Bankrott Deutschlands, aber nicht den wirtschaftlichen Bankrott herbeiführen, weil Deutschland seine gesamte wirtschaftliche Ausrüstung bewahre. Durch den Sturz der Mark werde

der Mittelstand in Deutschland

grausam in Mitleidenschaft gezogen und dieser zeige die Tendenz, sich aus Verzweiflung der extremen Linken oder Rechten anzuschließen.

Es gebe einen Teil der Bevölkerung, der die Schulden Deutschlands begleichen könne, aber die Alldeutschen unternähmen alles, was sie könnten, um die Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands unmöglich zu machen. Was wolle die Regierung unternehmen, wenn Deutschland baldigt die Anwendung des Artikels 234 des Friedensvertrages verlange? Der Sturz der Mark sei nicht auf die Reparationen zurückzuführen. Frankreich habe damit nichts zu tun. Im Gegenteil habe es vorgeschlagen, Deutschland entgegenzukommen, aber

andere Milderer

hätten verlangt, daß dieses Entgegenkommen dazu diene, daß die Summe bezahlt würde, die man ihnen schulde. Von diesem Tage an sei die Mark gefallen.

Frankreich habe nicht nur nichts getan, um den Sturz der Mark herbeizuführen, es habe im Gegenteil durch das Abkommen von Wiesbaden viel zur Erleichterung der geldlichen Lage Deutschlands beigetragen.

Die heutige Ursache des Marksturzes

die Unordnung der deutschen Finanzen.

Die Zahl der Beamten sei beträchtlich erhöht, namentlich um ehemalige Offiziere unterzubringen. Wenn das deutsche Budget ein Defizit aufweise, so sei es nicht deshalb, weil man eine Politik des wirtschaftlichen Wiederaufbaus im großen Stile betreibt. Die deutschen Steuern beruhen noch auf dem deutschen Einkommen von 1918. Man dürfe sich also nicht wundern, daß sie nichts einbrächten. Die indirekten Steuern seien zu gering im Vergleich zu Frankreich, namentlich was Getränke, Zucker und Kaffee anbeträfe. De Lasteyrie sprach auch von der Inflation und erklärte, der Franzose zahle drei- oder viermal mehr Steuern als der Deutsche. Angesichts dieser Lage müsse die Garantiekommission funktionieren, um die Kontrolle der Steuerentnahmen und des gesamten Devisenhandels in Deutschland sicherzustellen. Für den nächsten Verfallstag müsse Deutschland im Auslande die Kredite erlangen, die es nötig habe. England und Amerika schwämmen im Golde, litten aber unter Arbeitslosigkeit.

Die Allierten hätten direkt nach dem Kriege eine Politik der Finanzsolidarität betreiben müssen. Entweder Deutschland oder Frankreich bezahle. Einen Mittelweg gebe es nicht. Es verlange von der Regierung zu wissen, schloß de Lasteyrie, wie sie die Zahlung sicherzustellen gedenke.

Das Wiesbadener Abkommen. Im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates erläuterte und verteidigte der Wiederaufbauminister a. D. Dr. Rathenau das Wiesbadener Abkommen, das bei unserer heutigen Lage immer größere Bedeutung gewinnt. In der anschließenden lebhaften Erörterung wurde von verschiedenen Seiten als ganz besonders günstig hervorgehoben, daß das Wiesbadener Abkommen der Industrie eine Beschäftigung auf lange Frist gewährleistete.

Die Pariser Vorkonferenz hat den Beschluß über die Festsetzung der albanischen Grenze unterzeichnet und beschlossen, diese Entscheidung der albanischen, der griechischen und der jugoslawischen Regierung, sowie dem Völkerbund zu notifizieren. Außerdem ist beschlossen worden, Oesterreich zur Ratifizierung des Protokolls von Venedig aufzufordern. Die Vorkonferenz hat ein Schreiben der ungarischen Regierung zur Kenntnis genommen, das ihr durch die aliierten Vertreter in Budapest zugegangen ist und in dem die ungarische Regierung sich verpflichtet, den Beschlüssen der Vorkonferenz vom Februar 1920 und April 1920 Folge zu leisten. Durch diese Beschlüsse wurde die Wiedereinsetzung der Habsburger unterjagt.

Ein Geheimvertrag zwischen England und der Türkei. Eine Pariser Morgenzeitung hatte den Text eines Geheimvertrages veröffentlicht, der 1919 zwischen England und der Türkei abgeschlossen worden sein soll. Die englische Vorkonferenz in Paris erklärt, daß der Text des angeblichen Vertrages in allen Stücken gefälscht sei.

Die holländischen Gewerkschaften für Amsterdam. Der Allgemeine italienische Gewerkschaftsbund hat gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossen, in der Amsterdamer Internationale zu verbleiben.

v. Berger Verlagsleiter der „Zeit“. Zu dem Entlassungsgeis des preussischen Gelehrten in Dresden, v. Berger, erfahren die WZB, daß Herr v. Berger die Verlagsleitung der „Zeit“ übernehmen wird. „Die Zeit“ ist ein neues volksparteiliches Organ.

Das Waffenlager im „Kaisertruh“. Nach einer Meldung des „V. Z.“ ist in Götting ein zweites Waffenlager der Orgel gefunden worden und zwar im „Kaisertruh“, der früheren Hauptwache. Der Zugang zu dem Lager war vermauert.

Schreckensherrschaft Niederschönenfeld.

Versteckte Morddrohungen. — Die „aufgeheute“ Reichsregierung. — Bayerische Vertuschungsmethoden.

Vor einiger Zeit hatten wir Veranlassung, uns mit den auf der bayerischen Festung Niederschönenfeld herrschenden Zuständen wiederholt zu beschäftigen. Konnte man damals noch annehmen, daß die Verantwortung für das schamlose Treiben der Vollstreckungsbehörden das Regiment Rahr-Böhner-Roth zu tragen habe, so muß man heute mit Bedauern feststellen, daß sich an den skandalösen Zuständen unter der Aera Verchenfeld nichts geändert hat. Noch immer ist der deutsch-nationale Oberstaatsanwalt Kraus aus Augsburg, der übereinstimmend als ein Mensch von nahezu sadistischer Brutalität geschildert wird, Herr über die Festung und damit über das Schicksal von Dutzenden Gefangenen. Im folgenden geben wir zur Zeichnung dieses Herrn und zur Charakterisierung seiner Schreckensherrschaft einige seiner markantesten Äußerungen wieder, wobei bemerkt sei, daß wir in der Lage wären, sie um zahllose, von durchaus glaubwürdiger Seite uns übermittelte Äußerungen zu vermehren:

Am 10. Juni 1921 sagte Staatsanwalt Kraus zum Festungsgefangenen Dschewski: „Ich bin mit den weitestgehenden Vollmachten ausgerüstet. Ich bin der Festungsarzt. Sie der Gefangene. Ich befehle Ihnen. Ich weiß, warum ich hier bin. Ich bin hergekommen, um durchzugreifen, und ich greife durch; wenn es sein muß, mit Waffengewalt.“ Im Juli fiel dem Festungsgefangenen Murböck gegenüber folgende Äußerung: „Ich kann mit den Festungsgefangenen machen, was ich will! Wollen Sie das etwa bestreiten?“ — Der H. Wiedemann wurde mit verschärfter Einzelhaft bestraft, weil er beim Betreten des Rapportzimmers nicht die vom 2. Vorstand gewünschte „vorschriftsmäßige Stellung“ einnahm. Der H. Ridel desgleichen, weil er keinen — „vorschriftsmäßigen Gesichtsausdruck“ trug. Besonders beachtet zu werden verdient die folgende Äußerung: „Mit einem Landtagsabgeordneten sauber werden wir ebenso fertig werden.“

wie wir mit Garetts fertig geworden sind.

(Am 5. 7. 21 zu Sauber.) — Zu dem H. Hule äußerte er: „Wenn Sie sich nicht fügen, werden Sie es noch körperlich zu fühlen bekommen.“ — Der Oberwertführer Feisch, der am 6. Juni den H. Hagemeister mit der Pistole bedroht hatte, der am 2. August den H. Bindel niederschlug, daß er blutig zusammenbrach, der am 28. September den H. Löffler tödlich angriff, ist noch heute im Amt. Bindel zwang man indirekt zur Unterlassung der Stellung eines Strafanges, indem Kraus baldige Bewährungsfrist in Aussicht stellte, wenn Bindel die Sache ruhen lasse. — H. Kullmann gegenüber fiel die Äußerung: „Wer nicht seine Bestimmung ändert, wird nicht entlassen.“ — Dem H. Murböck erklärte Kraus: „Ich werde in Niederschönenfeld Zustände schaffen, daß Sie mit Sehnsucht an die früheren Zustände zurückdenken werden. Ich sperre Ihnen auf Monate Tag und Nacht die Zellen ab mit nur einer Stunde Hofzeit.“ — Dem H. Marschall, der an schweren Magenkrämpfen leidet, wurde ausdrücklich verboten, während der Nacht ein Licht anzuzünden, um bei einem Anfall die ihm vom Arzt verordnete Medizin nehmen zu können. — Dem H. Egenberger und Sessert wurde die Genehmigung zur Zahnbehandlung nur dann als besondere „Bergünstigung“ in Aussicht gestellt, wenn sie sich „gut führten“. E. litt an schmerzhafter Kieferverengung, S. an den heftigsten Zahnschmerzen. — Dem H. Schiff gegenüber machte Kraus folgende Bemerkung: „Es ist ganz selbstverständlich, daß in allen Fällen die Verwandten vom Strafverstoß mehr oder weniger mit betroffen werden müssen. Dem Schiff wurde die Heiratserlaubnis verweigert; gleichzeitig erklärte Kraus, daß er sich selbstverständlich auch an eine höhere Stelle wenden könne, daß er ihm aber jetzt schon auf das bestimmteste versichere, er werde dort dieselbe ablehnen.“

nende Antwort erhalten. Als sich Schiff in dieser Sache an seinen Vater wandte, und sich nach den rechtlichen Grundlagen für ein solches Verbot erkundigte, wurde er mit

Einzelhaft und Hofentzug

Um die Gefangenen besonders zu drangsalieren, verbietet der menschenfreundliche Staatsanwalt den Kauf von Büchern und Zeitungen. Den H. Taubenderger, Podulsky und Woltenberg verbietet er die Bestellung technischer, philosophischer und wissenschaftlicher Werke mit der Begründung, daß sie „nur dazu benutzt würden, den Msturz zu fördern“. Dem H. Krapp wurde Verschärfung seiner Strafe durch dauernde Einzelhaft angedroht, wenn er sich „weiter mit solchen Dingen beschäftigen“. — Dauernde Absonderung wurde auch dem H. Schiff angedroht, weil er zweimal („wiederholt“) um ein Bücherregal gebeten hatte. — Ein Schreiben des H. Wollenberg an den Reichspräsidenten wurde beschlagnahmt, weil es „eine

Aufhebung der Reichsregierung gegen Bayern.

besonders gegen Niederschönenfeld, sowie eine Bedrohung des Staates bedeute und agitatorischen Zwecken diene“.

Beschwerden der Gefangenen werden als „Unzufriedenheit“ oder „Bellschreierei“ bezeichnet und enden fast immer mit Einzelhaft. So sagte Kraus zum H. Murböck: „Die Gefangenen kommen andauernd mit Bitten und Beschwerden, ich kann diese Schreierei nicht gebrauchen. Ich habe anderes zu tun. Deshalb ordne ich an: Wer innerhalb 14 Tagen mit mehr als einer Bitte kommt, von dem nehme ich drei Monate lang keinen Wunsch mehr entgegen. Die Bitte bleibt volle drei Monate lang liegen und wird nicht berücksichtigt, auch wenn der Inhalt der Bitte den Fall betrifft, daß die Frau oder die Eltern gestorben sind.“ (!)

Ein Strafantrag, den der H. Krapp anlässlich des Aufmarsches der Eipo gestellt hatte, wurde vom zuständigen Staatsanwalt Kenner in Neuburg abgewiesen, da Kraus „eben eine andere Auffassung vom Zwecke des Strafvollzugs habe“. — Festgenötigt zu werden verdient noch die folgende Äußerung dem H. Murböck gegenüber: „Es kostet mich nur eine Zeile an unseren Staatskommissar, der ganz vorzüglich ist, und der Mann hat den Festungsaufstand noch nicht von den Fäden geschüttelt, so ist er schon an einem Ort, der ähnlich ist wie Festung.“ (Womit Schuchhoff gemeint ist!)

Nach der Beförderung des Kraus und nach seiner Versetzung nach Augsburg änderte sich nichts an den Methoden in Niederschönenfeld, die der jetzige Reichsjustizminister Prof. Dr. Radbruch auf dem Görlicher Parteitag als „ein Mittelglied zwischen Gefängnis und Zuchthaus“ bezeichnet hatte. Der unmittelbare Nachfolger Kraus', Staatsanwalt Hoffmann, wandelt in den gleichen Bahnen seines Vorgängers und mit ihm alle Beamten, die sich bei der vorgelegten Dienstbehörde beliebt machen wollen. § 7 der Hausordnung lautet im zweiten Absatz: Die Festungshaft ist diejenige Form der Strafhast, bei der die durch die Strafe gebotenen Eingriffe in die persönliche Freiheit sich auf das geringste Maß beschränken.“ Wie ist diese Bestimmung in Einklang mit den schmachtvollen Verhandlungen zu bringen, die in Niederschönenfeld an der Tagesordnung sind? Die bayerische Justizbehörde wird gegen den „Vorwärts“ — wie schon einmal geschehen — ihren großen Dementiapparat ins Werk setzen. Durch Absegnen ist jedoch der Sache nicht abgedient, und wir verlangen, daß endlich einmal — gegebenenfalls von Reichs wegen — in diese dunklen Vorgänge hineingeleuchtet wird.

Wirtschaft

Marktbesserung.

Die Mitteilung, daß durch eine Kontrolle der Devisengeschäfte eine Besteuerung der Kursgewinne in der Devisenspekulation bevorsteht, hat genügt, um den Dollarkurs an der gestrigen Börse und mit ihm auch die Notierungen der übrigen Devisen beträchtlich herabzusetzen. Das künstlich aufgebaute Kursgebäude, das sich in hohem Maße auf die heimliche Spekulation stützte, ist damit ins Wanken geraten. Der Dollar, der vorgeföhrt am 14. auf 302,69 notiert worden, im freien Verkehr aber über 330 hinaufgestiegen war, ging nach der gestrigen amtlichen Notierung auf 282,74 zurück. 100 holländische Gulden ermäßigten sich von 10 569 auf 8691, 1 Pfund Sterling von 1178,80 auf 981,50, 100 französische Franken von 2237,75 auf 1798,20 und 100 Schweizer Franken von 5744,25 auf 4660,50. In Anbetracht der großen Wertschwächung der letzten Woche bedeutet natürlich diese Besserung der Mark noch nicht viel. Sie zeigt aber bereits, wie sehr der Markkurs durch spekulative Machenschaften beeinflusst war. Jetzt, nachdem die Valutastieber und -händler beunruhigt sind, daß sie ihre Gewinne nicht mehr in Sicherheit bringen können, ohne daß die Steuerbehörde davon erfährt und diese Einnahme über die Einkommensteuer viel schärfer erfaßt, als es etwa durch die Devisenumsatzsteuer möglich ist, hat der Goldwert der fremden Zahlungsmittel erheblich verloren und man wirft Devisen auf den Markt.

Das vollzog sich am Tage der Ankunft der Reparationskommission. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß auch diese Tatsache bei der Besserung der Mark mitgewirkt hat. Solange in Paris, London, Spa und Gené über die deutsche Zahlungsfähigkeit diskutiert und diskutiert wurde, konnte man darauf rechnen, daß die Schlechtpredige der Entente den Valutastebulanten Vorschub leisteten. Jetzt kommt die Reparationskommission nach Berlin. Sie kann es mit eigenen Augen beobachten, wie der Markkurs mit ganz wenig Angebot und Nachfrage an der Berliner Börse gemacht wird, der im Ausland die verhängnisvollsten Folgen nach sich zieht, sie kann auch ferner sehen, wie die nichtbestehenden Kreise bemüht sind, eine Erfüllungsvollstreckung zu treiben, während der Besitz sich an dem allgemeinen Elend noch bereichert. Sie wird die Beschränktheit der deutschen Zahlungskraft leichter erkennen, als das nach den amtlichen und nichtamtlichen Berichten der Diplomaten und Agenten möglich ist, und sie wird daraus ihre Schlüsse auf die nächsten Forderungen und auf die Zahlungsweise der Reparationen ziehen müssen.

Es gibt niemand in Deutschland, der diesem Schiedsgericht mit sonderlichem Optimismus entgegensteht. Man kann aber mit gutem Grunde annehmen, daß die Reparationskommission sich ihre Reise nach Berlin erspart hätte, wenn sie einfach aus dem alten Zahlungsplan bestehen würde. Daß eine Verschärfung der Zahlungspläne nicht möglich ist, weiß man in Paris ebenso wie in Berlin. Bleibt also nur die Möglichkeit, daß es nun endlich zu einer Aussprache mit den beteiligten Behörden und vielleicht auch mit privaten Wirtschaftlern kommen wird, die die Grenzen der Zahlungsfähigkeit für die nächste Zeit festzustellen hat. Dann aber sind die Erwartungen der Katastrophentheorien, die wünschen, daß Deutschland sich einfach als bankrott erklärt, über den Haufen ge-

worfen. Erwähnt wird es darauf entkommen, daß die Reparationskommission der deutschen Finanznot und dem Valutastend, das vor allem durch die hohen Goldhaltungen verursacht ist, mehr Verständnis entgegenbringt als bisher. Aber sie wird sich der Gewalt der Tatsachen nicht ganz entziehen können und darum eine Verstärkung anstreben müssen. Sonst hätte die Prüfung der deutschen Zahlungskraft überhaupt gar keinen Sinn.

Untereinander muß alles getan werden, um die Politik der Erfüllung im Rahmen des Möglichen weiterzuführen. Der Vorschlag ist genug gemacht worden. Die Regierung wird beschleunigt zu erklären haben, ob sie nun die Erfassung der Sachwerte durchzuführen wird oder in welcher Weise sie sich die Erfüllung der nächsten Zahlungspläne denkt. Durch das Kreditangebot der Industrie, das an unerfüllbare Bedingungen geknüpft wurde, wurde die brennend wichtige Frage der Erfassung der Sachwerte lange genug hinausgezögert. Jetzt aber, wo die Entente auf eine Entschcheidung drängt, ist es notwendig, daß die Regierung klar und eindeutig ausspricht, wie sie die Aufbringung der Goldmillarden ermöglichen will, wenn die Industrie auf ihrer absehbaren Haltung beharrt. Das würde uns um einen wesentlichen Schritt vorwärtsbringen.

Erneute starke Verteuerung der Margarine. Der Margarineverband E. B. Berlin teilt mit: Da die Margarineindustrie ihre Rohstoffe mit Auslandsdevisen bezahlen muß, hat sie sich gezwungen gesehen, eine weitere Erhöhung ihrer Verkaufspreise vorzunehmen, entsprechend der seit der letzten Preisfestsetzung eingetretenen Verschlechterung des Wertes der deutschen Mark, so daß sich die marktüblichen Sorten auf 31 bis 35 M. Grundpreis für gefasste Margarine dem Kleinhandler stellen. Ueber die Einzelheiten, welche für diesen Schritt mitbestimmend waren und die Kalkulation, welche den neuen Preisen zugrunde gelegt ist, hat die Margarineindustrie der Regierung vorher Mitteilung gemacht und ist mit ihr wegen einer objektiven Nachprüfung der kalkulatorischen Notwendigkeit durch das Ernährungsgesamministerium in Verbindung getreten. — Wir hoffen, daß das Reichsernährungsministerium dazu Stellung nehmen wird, ob eine solche Verteuerung der Butter des armen Mannes durch den Valutarückschlag ausreichend begründet ist.

Neue Erhöhung der Eisenpreise? Innerhalb des Eisenwirtschaftsbundes wird für eine baldige Erhöhung der Eisenpreise Stimmung gemacht mit der Begründung, daß die Löhne und Aufkosten erheblich, der Erzbezug ganz außerordentlich in die Höhe gegangen seien. Die Arbeitgeber haben der Einführung von Höchstpreisen ablehnend gegenüber. Die Arbeitnehmer dagegen legen nach wie vor auf Einführung von Höchstpreisen Wert. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Eisenwirtschaftsbund ist nach wie vor gespannt. Es ist zu fordern, daß der Reichswirtschaftsminister durch Erlaß von Höchstpreisen der Preissteigerung am Eisenmarkt Schranken aufsetzt.

Grenzsperre für die Warenzufuhr im Kleinen. Durch Bekanntmachungen des Reichswirtschaftsministeriums war die Ausfuhr von Waren des fäulenden Abfalls des Kollaris (Textilwaren usw.) im Kleinen Grenzverkehr an der baltisch-schwedischen Grenze, der westlichen Grenze und der deutsch-österreichischen Grenze ohne Bewilligung der zuständigen Stellen verboten worden. Da der Ausverkauf auch andere Grenzgebiete des Reiches ergriffen hat ist dieses Verbot nunmehr auf die ganze Reichsgrenze ausgedehnt worden.

Die Revolutionsfeiern in Berlin.

Massenaufgebot zu den Nachmittags-Versammlungen.

Der gestrige Tag war der Tag des arbeitenden Volkes. In unübersehbaren Scharen strömte die Berliner Arbeiterschaft zu unseren Feiern und Versammlungen, Männer und Frauen, jung und alt, festen Schrittes. Werktagskleidung trugen sie, zum Symbole gleichsam, daß der Tag der Revolution Kinder der freien Arbeit, des freien Mannes ist. Keine rauschenden Feste wurden gefeiert. Ernst war die Stimmung und doch gehoben, weil alle eins waren in dem Bewußtsein, den Tag des Volkes zu begehen, eins im Gedanken, die Revolution nicht verstanden zu lassen. Das klare Winterwetter begünstigte unsere Feiern. Kein Nebel legte sich lastend auf die gewaltigen Massen, die den Worten ihrer Führer und Genossen folgten, innerer Zustimmung voll. Die Republik kennt keine Feiern, wie Wilhelms Geburtstagstomodie sie alljährlich befahl: Feiertage sind ihr Befehl, sind ihr Gebühde, festzuhalten am Erregungen und es auszubauen zu neuer Gestaltung. Jeder der Teilnehmer an den Versammlungen ging mit dem Gebühde heim: Kämpfer zu sein für die gemeinsame Sache des Proletariats, Hüter der Republik und Streiter für jene Gesellschaftsform, die Klassen und Klassenherrschaft allein überwindet.

Dann brachte der Abend die Feiern im engen Kreise mit Rezitationen und Gesangsaufführungen, die auf die Bedeutung des Tages gestimmt waren.

Fahnenstreckung fand am „Vorwärts“-Haus in der Lindenstraße die Blicke der Passanten auf sich. Vom Dach hingen zwei mächtige Fahnen herab, eine rote und eine schwarzrotgoldene. Aus den Fenstern des ersten Stockwerks flatterten kleine Fahnen in rot und schwarzrotgold. Auch das Afa-Haus in der Belle-Alliance-Straße fiel durch Flaggenschmuck auf. Aus dem dritten Stockwerk, in dem die Afa-Bureaus untergebracht sind, hingen zwei große Fahnen in rot und in schwarzrotgold.

Der Wittenbergplatz

bot ein ungewohntes Gepräge. Statt des gewohnten Schieberpublikums in Gehpetz und Seemannsrock füllten ihn Tausende und aber Tausende von Proletariern. Von fünf Stellen wurden Ansproben gehalten. Für die SPD sprachen die Genossen Breuer und Kuttner. Genosse Breuer führte aus: Gegen den Willen des Bürgertums, dessen Zeitungen den 9. November totgeschwiegen haben, begehen wir diesen Tag in Erinnerung an den Zustand des Volkes gegen blutige Kriegsdiktatur. Ludendorff, blau bebrillt, sah; das Volk reiste, während die Ratten sich verfrachten. Aber die Ratten lehnen wieder: schon nagen sie an den Stügen der Republik. Darum sei uns der 9. November ein Tag des Entschlusses. Lob den Ratten! Proletarier, die Volkseite des Reichstums bilden auf Euch herab. Ihr habt sie gebaut, ihr erhaltet sie und die darinnen wohnen. Ihr habt ermordetes Recht, die neue freie Diktatur des Kapitals im Keime zu ersticken. Eure Entschlossenheit allein kann und wird den Sieg bringen. — Genosse Kuttner führte aus: Die reaktionären Blätter verhöhnen uns, daß wir den Geburtstag der Republik feiern, und fragen, ob es uns denn so gut ginge? Wir können mit der Gegenfrage antworten, warum denn diese Leute jede Weihnachten den Geburtstag des Friedensgottes feiern, nachdem sie mit Wollust vier Jahre lang das scheußlichste Menschenmorden bejubelt haben! Das Gend ist gewiß groß, die Markt fällt, die Preise steigen. Aber wir wissen, daß dies Gend mit dem Kriege begonnen hat. Die Kriegsbeher beherrschten zwar, daß sie den Krieg nicht gewollt hätten. Der Kapitän, der auf dem Wassersee den Dampfer zusammenstoß herbeiführte, hat das Unglück auch nicht gewollt, aber er hat es verhindert. Und wie mit dem Dampfer „Kaiser Wilhelm“ ist es mit der Person des Kaiser Wilhelm. Er ist der jährliche Steuermann, der beverle, daß kein Kurs der richtige sei. Aber er hat das Schiff in den Untergang gesteuert. Gefährlich ist die Reaktion erledigt. Wenn sie immer wieder zum Leben zurückkehren möchte, ist die Uneinigkeit der Arbeiterklasse daran schuld. Die Arbeiter allein sind die Stütze der Republik, wenn diese Stütze sich spaltet, so kann die Republik nicht bestehen. Will man uns jetzt mit monarchistischen Leichenparaden kochen, so denkt an das Bibelwort: „Sch die Toten ihre Toten begraben, Du aber folge mir nach!“ Wir folgen

der Fahne des Lebens, der Zukunft, der Kultur, dem Sozialismus! Er und die Deutsche Republik leben!

Da nach Schluß der Rede noch neue Züge eintrafen, so sprach Genosse Kuttner nochmals vor einem Auditorium von mehreren tausend Zuhörern.

In der Hasenheide.

Auf dem Kaiser-Friedrich-Platz erschienen schon kurz nach 2 Uhr die ersten roten Fahnen. Rasch füllte sich dann der weite Platz, an dem zur festgesetzten Zeit eine große Menschenmenge Kopf an Kopf gedrängt stand. Die Redner wiesen auf die Bedeutung des Tages hin und forderten auf zum Kampf gegen die Reaktion und zur Einigung der Arbeiterklasse. Genosse Lüdemann, auf den Stufen der früheren Garnisonkirche stehend, führte etwa folgendes aus: Der Zusammenbruch des alten Staates hat von der Arbeiterschaft nicht voll ausgenutzt werden können, weil die Sozialisten uneinig und gespalten waren. Trotzdem hat die sozialistisch denkende Arbeiterschaft alle Ursache, die dritte Wiederkehr des 9. November zu feiern, weil an diesem Tage der demokratische Volksstaat ausgerichtet worden ist, der für das Proletariat die besten Möglichkeiten zur Verwirklichung seiner sozialistischen Kampfziele bietet. Leider haben weite Volkskreise die Ursachen des Zusammenbruchs noch nicht erkannt oder bereits wieder vergessen. Infolgedessen hat sich der Nationalismus in den letzten Monaten sehr ausdehnen können und ist, wie die letzten Wahlen beweisen, noch im Wachsen begriffen. Das Abenteuer des letzten Habsburger und die „Proklamation“ des Prinzen Rupprecht in Bayern sind Beweise dafür, wie stark sich die Nationalisten und Monarchisten bereits wieder fühlen. Gleichzeitig hat es der Kapitalismus verstanden, die Not des Volkes auszunutzen und zugleich seinen Einfluß auf die Staatspolitik immer mehr zu vergrößern. Der letzte Beweis dafür ist das Verhalten der Industriellen in Sachen der Millionenkredite. So tritt zu dem Diktat der Entente, das in dem von Ludendorff verschuldeten Frieden von Versailles begründet ist, für das deutsche Volk das Diktat der Kapitalisten. Die Anhäufung der Profite auf der einen Seite bringt es aber mit sich, daß ein Winter der Teuerung vor der Tür steht. Da ist die Einigkeit aller Arbeiter notwendig. Eine Annäherung auf dem Boden der Demokratie ist bereits erfolgt. Wir müssen dahin streben, wie in Thüringen, Sachsen und Braunschweig eine sozialistische Mehrheit zu bekommen. Die parlamentarischen Verhältnisse können es für uns nicht sein, daß wir gelegentlich mit denen politisieren müssen, die nicht zu uns gehören. So kam erst kürzlich in Preußen jenes Kabinett zusammen, dem viele unserer Parteigenossen ablehnend gegenüberstehen. (Sehr richtig! aus der Versammlung.) Es wurde gebildet, um Schimmeres zu verhüten, und hoffen wir, daß die Rechte behalten, die sich Vorteile von diesem Experiment versprechen. Wir müssen eine Politik des tatsächlichen realen Einflusses treiben. Als geschlossene Macht muß die Arbeiterschaft den Vertretern des Nationalismus und des Kapitalismus gegenüberstehen. Wir stehen vor einem traurigen Winter, und wir haben Parteien, in denen die bürokratischen Parteien die Mehrheit haben. Da erobert sich für uns die Aufgabe, den Einfluß der Arbeiterklasse zu stärken.

Von unserer Partei sprach ferner Genosse Kurt Heinig. Das Hoch auf die Republik und den Sozialismus wurde stürmisch und begeistert aufgenommen und pflanzte sich auf dem Kaiser-Friedrich-Platz rund um die Kirche fort. Der Admarck der Arbeiter und Anstellten vollzog sich, ebenso wie das Anrücken in musterger Ordnung. Besondere Aufmerksamkeit erregte dabei der feine Zug der Jugendlichen der „Vorwärts“-Betriebe, die ihre Bemer nach der Lindenstraße unter fröhlichem Marschgesang zurückführten.

Auf der Weberwiese

Im Osten Berlins an der Frankfurter Allee sprach Heinrich Bierhöcher: Es ist kein Feiertag, das das Volk zusammenführt, sondern ein ernster Gedanke. Vor drei Jahren hat sich gezeigt, daß die Mächte der Vergangenheit nicht mehr für die Politik zu gebrauchen waren. Unter dem Anprall des gesamten deutschen Proletariats sank das ganze schändliche Gebäude in Trümmer. Niemals, solange Weltgeschichte geschrieben worden ist, ist ein Volk schlimmer betrogen worden als das deutsche. Niemals ist auch ein Volk gedulder gewesen. Was sich 1918 zugezogen hat, war recht und billig. 1918 hatten wir die Macht, aber wir verstanden es nicht, sie auszu-

nutzen, weil das alte Erbteil der Deutschen, die Uneinigkeit, auch das Proletariat zerspalten hat. In diesem nutzlosen Bruderkampf ist mehr Energie vergeudet worden als gut ist. Deshalb müssen wir heute nicht zu sehr Parteileute als vielmehr Sozialisten sein. Schritt für Schritt hat uns die Reaktion zurückgedrängt. Wir müssen aber alle Kräfte aufbieten, um das Verlorene wieder einzuholen. Denn eines ist uns geblieben: die Republik mit allen ihren Fehlern zwar, aber auch mit all ihren Möglichkeiten der Verbesserung. Die Grundlage der Republik muß aber befestigt werden, und es kann nur dadurch geschehen, daß die Arbeiterschaft sich festigt und einigt. Auf dem Boden der Republik kann nur der sicher stehen, der ausgehört hat, den Bruderkampf weiterzuführen. Die Angehörigen einer Partei müssen es lernen, auch die der anderen Partei richtig einzuschätzen und zu würdigen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Republik vielleicht in Wochen, vielleicht aber schon in wenigen Tagen eine schwere Krise zu bestehen haben wird. Da heißt es, den Kopf hoch und die Bestimmung behalten, auf der Hut sein. Vorwärts und aufwärts aus diesem Chaos heißt die Parole. Vorwärts geht es aber nur dann, wenn wir endlich zum Sozialismus durchdringen. Das ist das einzige Mittel, zurzeit aber auch der einzige Gedanke, der noch imstande ist, die im Gend bald verzweifelnde Masse emporzuführen. Der Redner schloß mit den Worten: „Bereinzelt sind wir nichts, vereint haben wir alle Macht in Händen“ und mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, in das die Anwesenden brausend einstimmten. Außerdem sprachen noch Polenke für die SPD, Dr. Herz und Rista für die USP. Die ganze Demonstration verlief in vollster Ruhe und Ordnung und wurde nur dadurch sehr erschwert, daß um den ganzen Platz erst vor wenigen Tagen ein Drohzaun gezogen worden war, den die gewaltige Masse nur durch zwei schmale Zugänge passieren konnte.

Im Humboldthain

laufte eine nach diesen Tausenden zählende, fast unabsehbare Menge den Worten der Redner. Es waren erste Mahnungen, die Gen. Heßfeld an die Versammelten richtete. Heute vor drei Jahren, so führte er aus, wurde die Republik ausgerufen, nachdem offensichtlich die Tatsache vorlag, daß das Volk von den Machthabern, den Militaristen und Vertretern des alten Regimes schmächtig verurteilt, belogen und betrogen war. Die Militaristen mußten ihr eigenes Vagabundieren, mit ihrer Herrlichkeit war es vorbei; der Zusammenbruch war da. Seit diesem historischen Tage hat die Republik ihre Daseinsberechtigung glänzend bewiesen. Und andererseits hat das arbeitende Volk bewiesen, daß es völlig einig in der Abwehr aller Bestrebungen ist, die darauf gerichtet sind, den Bestand der Republik anzutasten. Das alte Regime war vom Kapitalismus befreit, der fast berechnend über beiden hinweggeschritten ist, um seine Macht zu befestigen. Er ist schlauer als der blöde Militarismus und hat sich in die neue Zeit herübergerettet. Der Kampf des Proletariats gegen seine Macht wird auch in der Zukunft nicht leicht sein. Die Republik bildet aber einen Boden, auf dem der Klassenkampf von dem arbeitenden Volke mit Erfolg geführt werden kann. Es wird dem Kapital nicht gelingen, uns den Wohlstand wieder zu entreißen und die Arbeitskraft des Volkes bis zum Weißbrot auszubeuten und in Gemeinschaft mit anderen nationalitätlichen Elementen die Wölfer in einen neuen Krieg zu ziehen. Die Republik bedeutet den Frieden, den Aufstieg des Volkes zur Kultur. Das weiß die Arbeiterschaft zu würdigen. Wie der kapitalistische Betrieb über den heiligen Tag denkt, lehrt eine Drohung in den A.C.G. Worten, daß man angesichts der Beteiligung der Arbeiter an der heutigen Demonstration gemißt sei, die Nachmittagsfeier wieder nach Hause zu schicken. (Stürmische Entrüstungsrufe.) Daneben habe man merkwürdigerweise bekanntgemacht, daß am Vortag nicht gearbeitet werde. Durch derartige Dinge werden wir uns von unseren Entschlüssen nicht abbringen lassen, solche Nachsprüche zeigen uns aber gerade, wie notwendig es ist, in völliger Einigkeit für die Errungenschaften der Revolution und den weiteren Ausbau der Republik weiter zu kämpfen. Der Geist des 9. Novembers muß hineingetragen werden in die noch nicht aufgeklärten Volksmassen, mit diesem Geist muß der Unverstand der Massen, der jener Feind ist, den wir am tiefsten hassen, bekämpft werden, so werden wir endlich zum Siege gelangen.

Fräulein.

Von Paul Enderling.

„Walzer tanzen, Doktor! Welche Herrlichkeit liegt in dem Gedanken, welche Jugend!“
 „Ja, ja. Also die Umschläge alle zwei Stunden wechseln und —“
 „Jugend ist doch das einzige, weshalb das Leben gelebt werden soll. Und gerade dies wird uns verpfuscht, aber wir verpfuschen es uns selber. Sehen Sie meinen Nefen Hermann. Wie froh könnte er sein, und er läuft umher, als wenn er die Welt auf seinen abfallenden Schultern tragen müßte. Für ihn ist die Jugend Zwangsarbeit.“
 „Ja, arbeiten muß man heizzeiten lernen.“
 „Und Jugend sollte doch Tanzen sein, Fliegen, Schweben, Herumfliegen.“
 Der Arzt empfahl sich. Er werde abends wieder nach ihm sehen.
 „Noch einen Augenblick, Doktor. Sie müssen mir noch etwas sagen. Sehen Sie mich mal an. Glauben Sie, daß ich ein Mann bin?“
 „Volltaugend, ja!“
 „Also sagen Sie es mir, ohne Umschweife, ohne Höflichkeit und Klauen, wie der streitbare Gottesmann sagte: Wie lange Zeit geben Sie mir noch?“
 Der Arzt zuckte die Achseln. „Es gibt eine Menge Leute in meiner Praxis, die kränker als Sie waren und noch herumlaufen.“
 „Also viel Chancen sind nicht mehr?“ fragte der Kranke hartnäckig.
 „Ihre Natur ist kräftig. Sie hüßt sich schon durch. Nur den Willen haben!“
 „Ja, da hapert's. Das Wollen habe ich nicht mehr recht. Nur eins möchte ich noch: auf den Marienaltar möchte ich noch mal klettern.“
 „Donnerskittchen!“
 „Wird es das noch mal für mich geben?“
 „Es ist möglich.“
 „Schwören Sie es, daß es das noch einmal geben wird!“
 „Nun, gerade schwören —“ Der Arzt wand sich etwas. Der Oberlehrer sah ihn fast triumphierend an. „Sehen

Sie wohl, Medizinmann? Nun weiß ich Bescheid. Nun tun Sie mir aber den Gefallen und nennen Sie mir einen guten Notar.“
 „Einen Notar?“
 „Ja, ich möchte Sie zu meinem Universalerben ernennen, Doktor.“
 Der Arzt stimmte in sein Lachen ein. „Das sollen Sie tun, wenn es Sie beruhigt, und abends bring' ich einen mit.“
 „Schicken Sie ihn lieber nachmittags her!“
 „Warum?“
 „Sicher ist sicher. Und das Testament soll doch nett aussehen. Nicht so in der letzten Stunde vor den großen Ferien gemacht, wie es meine Sekundaner immer taten.“
 Kopfschüttelnd ging der Arzt.
 Nun lag der Oberlehrer allein. Er blinzelte zur Decke empor. Es war ein trüber Tag. Der Nebel, der tagsüber die Stadt wie in Watte gepackt hatte, war gegen Abend gelichtet, aber noch nicht gewichen.
 „Ich hätte ein großer Gelehrter sein können.“ dachte der Oberlehrer, „ein Astronom wie der alte Hevelius, der mit bloßen Augen die Sterne kontrollierte. — Ach kaum, meine Augen sind immer schwach gewesen. Aber einen Stern habe ich zu guter Letzt doch noch entdeckt. Den Abendstern... den Stern meines Abends. Wie gut meint es doch das Leben im Grunde mit uns.“
 Die hohe Standuhr rasselte, ächzte, stöhnte, klapperte und klingelte endlich mühsam die Stundenzahl heraus.
 „Die letzte? Nein. Nun, gleichviel — in einer dieser Stunden wirst du sterben, wie es in dem alten Alosterspruch hieß. Aber gut müßte es doch sein, in solch einer Stunde eine liebe Hand auf der Stirne zu fühlen... eine Hand, die streichelt und küßt...“
 Die Tür ging leise auf.
 Fräulein kam, nach ihm zu sehen.
 Er schloß die Augen fest, als ob er schlief. Lautlos ging Fräulein zurück. Er hörte ihre leichten Schritte wieder auf der Stufe. Die Schritte ärgerten. Ging sie so langsam heute? Oder empfand er alles nur schneller?
 Von oben hörte er Stimmen, die ängstliche Stimme seiner Schwester und Fräuleins ruhige, merkwürdige tiefe Stimme. Die Stimme der Schwester fragte etwas. Fräuleins Antwort war kurz. Er hörte alles.
 Die Sonne kam noch einmal durch.

Mit großer Anstrengung, trotz der schmerzenden Stiche an den Schulterblättern, drehte er sich herum.
 In einem kleinen Glas wickelte ein Büschelchen Reseda. Die bescheidenen graugrünen Blüten landten einen feinen, leichten Duft herüber. „Wenn Fräulein einen Vornamen hat, muß sie Reseda heißen. Ich muß es ihr doch noch vorhaken.“
 Die alte blanke, geschweißte Kommode blinkte im Sonnenlicht. Im Bücherregal blitzte die Goldbuchstaben der Buchrücken. Im unteren Fach hinter dem geblühten Vorhang standen die Schulbücher. Er hatte sie stets verhäkelt, wenn er mit der Arbeit fertig gewesen war. Nun machten andere die Aufsätze korrigieren: „Wie bringt Schiller uns Wallenstein menschlich näher?“ — „Haha, es war zu dumm. Es gab wirklich Geschwetteres zu denken. Und langsam, vorzüglich drehte er den schweißbedeckten Kopf herum, bis er Schopenhauer ansehen konnte.
 Ein Sonnenstrahl glitt über die Nase des Philosophen. „Lacht er nicht? Nieft er nicht? Ich habe immer nießen müssen, wenn die Sonne meine Nase kitzelte. Ach, das ist nun vorüber. Bald werden die Sonnenstrahlen auf meiner Nase tanzen, ohne daß ich nießen werde. Dann bin ich wie Sie, Herr Schopenhauer...“
 An einem Sonntag starb Oberlehrer Sanders. Und am Mittwoch fuhr der Leichenzug durch die ganze Stadt, durch das Oranien Tor, durch die große Allee an dem Stadtpark und den Cafés vorbei zum Marienkirchhof.
 Der Sarg war voller Kränze. Ihm folgte eine stattliche Reihe Wagen. Im ersten saß das Ehepaar Görke mit dem Konfistorialrat, im zweiten Thea, Frau Franzius und Hermann. Im letzten, dem achten, saß Fräulein mit den Kindern.
 „Er hat ein Testament gemacht“, sagte Julius Görke leise zu seiner Frau.
 „Ein Testament?“
 „Ja. Nun, wir haben es ja auch an nichts fehlen lassen.“ Und friedlich betrachtete er beim Aussteigen die Reihe der Kränze und der Wagen.
 Am Grabe standen schon die Schüler und warteten. Um die eine Seite der Gruft stellte sich die Familie, um die andere die Kollegen des Verstorbenen, alle in schwarzen Bratenröcken und Zylinder. Es war eine stattliche Ansammlung der Sutmoden aus den letzten Jahrzehnten.
 (Fortf. folgt.)

Der dem großen Hof sprach von anderen Stellen aus noch drei Redner, leitend der Gewerkschaften Emil Barth und von der U.S.P.D. Emil Rabold und Alfred Berger, deren Ausführungen ebenfalls stürmischen Beifall errangen.

Auf dem Marktplatz in Köpenick

waren die Einwohner der Ortschaft Köpenick, Friedrichshagen, Grünau u. a. vereinigt. Gegründet wurde von einem Wägen, von dem ein rotes Fahnenbanner herabhing, mit dem alten weithin sichtbaren Wahlspruch: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ Zurif sprach Genosse Häußler. Drei Jahre Revolution sind dahin. Drei Jahre hat das deutsche Volk den verlorenen Krieg hinter sich, und wir bilden zurück auf drei Jahre schwerster Ringens, politischer und wirtschaftlicher Wachtenshaltung im Interesse der arbeitenden und schaffenden Bevölkerung. Die „Deutsche Tageszeitung“ der Deutschnationalen Partei bezeichnet heute den 9. November als Schmach und Schande für das deutsche Volk, weil wir uns erlauben, ihn als einen Tag zu feiern, wo das Proletariat sich der Hessein entledigte, die es seit Jahrhunderten bedrückten. Den Deutschnationalen, die uns den „Dolchstoß von hinten“ anhängen wollen, dieses lächerliche Märchen, müssen wir heute am dritten Jahrestage des Zusammenbruchs der militaristischen Regierung zurufen: Nicht wir sind schuld am Zusammenbruch, sondern sie, die uns vier Jahre lang betrogen und belogen haben, und die die Arbeitsmöglichkeiten vernichteten. Und wenn Heißerich sich erlaubt zu sagen, wir müßten eine Regierung bekommen, die nicht den Friedensvertrag erfüllen wolle, so beweist das, daß das Proletariat am 9. November 1918 viel zu sanft mit diesen Herrschaften umgegangen ist. Es beweist, daß die Herrschaften, die sich damals feige verkrochen, jetzt glauben, der Moment sei gekommen, die Arbeiterschaft wieder niederzuknütern. Arbeiter, Genossen und Genossinnen: legen wir heute das Geißnis ab dafür, daß die Rechnung der Heißerich und Konforten falsch ist; daß sie, sollten sie die Republik anzutreten wagen, es mit der gesamten Arbeiterschaft, ganz gleich welcher Parteirichtung, zu tun bekommen. Gerade hier in Köpenick, an historischer Stätte, am Plage heftigster Kämpfe gegen die Kapitalisten, ist der Beweis erbracht worden, daß ein Rapp-Bußch nicht mehr möglich sein dürfte, wenn die Arbeiterschaft einig und geschlossen ist. Gerade hier in Köpenick sind die Rapp-Brecherer von geiziger Arbeiterschaft am eindringlichsten heimgesucht worden. Gedanken wir der Opfer, ohne Rücksicht auf die Parteirichtung, die hier ihr Bestes für die Arbeiterschaft hingegen haben, ihr Leben.

Nach Häußler richtete von derselben Stelle als Vertreter der U.S.P. Redakteur Seger ernste Mahnworte an die Versammelten, indem er ausführte, daß man sich bei der Feier des 9. November bewußt sei, nicht alles erreicht zu haben, was die Arbeiterschaft Deutschlands und der Welt fordere. Mit einem dreimaligen donnernden Hoch auf die Republik, das von den umliegenden Häusern wiederhallte, fand die Demonstration ihr Ende.

In Oberschöneweide

sprach Genosse Dr. Lohmann. „Wir müssen“, so führte er aus, ankämpfen gegen die Verarmlichkeit des Volkes. Wir müssen darauf hinwirken, daß nie wieder Krieg wird. Am 9. November 1918 ist ein morsches System zusammengebrochen, das jetzt wieder von den Reaktionären als „Zeit von Potsdam“ der Masse empfohlen wird. Der 9. November hat keine wirtschaftliche Umwälzung, wohl aber die politische Befreiung gebracht. Die Hälfte des Volkes ist noch verblendet, und weiß die Freiheiten der Republik nicht zu schätzen, und der Kapitalismus triumphiert. Und doch ist die Republik die erste Errungenschaft im Kampf für unsere Ziele. Das haben auch die Kapitalisten wohl erkannt und daher kämpfen sie mit aller Macht gegen die Republik, die die Arbeiterschaft mit Fäden und Nadeln verleidigen muß. Die politische Freiheit muß gewahrt werden, sie ist die Vorstufe zur wirtschaftlichen Befreiung. Eins greift hier ins andere. Gemeinsam und einig muß die Arbeiterschaft für ihre hart erkämpften Rechte, die Rechte, die der 9. November brachte, mit aller Energie eintreten. Wählt das Erbe des 9. November nicht verloren gehen. Das wollen wir heute geloben und bekräftigen, indem wir einstimmig in den Ruf: „Die Republik, der Sozialismus, sie leben hoch!“

Außerdem sprach dort von der U.S.P. Käter, der die Steuerpolitik der Reichsparteien einer scharfen Kritik unterzog und zur Einigkeit der Arbeiterschaft aufrief.

Minister Koester zum 9. November.

Vor überfülltem Saale sprach in der „Neuen Welt“ zu Berlin Reichsinnenminister Genosse Dr. Koester in der Gedächtnisfeier der Berliner Genossen. Wir haben aus seiner bemerkenswerten Rede, die mehrfach von lebhaftem Beifall begleitet wurde, folgendes heraus:

Die deutsche Revolution, deren dritten Jahrestag wir heute begehen, ist ein Kriegerlebnis. Sie ist geboren aus Hunger und Verzweiflung, aus Niederlage und wirtschaftlichem Zusammenbruch. Auch der neue Staat ist ein Kriegerlebnis. Sehen wir ihn uns an! Er trägt deutlich genug die Spuren des Hungers, der Erschöpfung, all des seelischen Leids an sich, daß der Krieg über uns, unsere Frauen und Mütter und Kinder gebracht hat. Was wir heute vor uns sehen, das ist nicht der Staat, von dem wir in jenen stürmischen Revolvertagen einen Augenblick lang geträumt haben. Der neue Staat, den die Revolution uns schenkte, leidet und stöhnt. Er ist ein Anfang geblieben, ein Stückwerk. Wir müssen den geistigen Kampf um das republikanische Ideal, um das Ideal des sich selbst regierenden Volkes härter führen als bisher. Wir müssen es nicht nur verteidigen, sondern müssen zum Angriff übergehen. Hier haben nicht nur die Parteien, sondern auch die Regierung Pflichten. Solange wir eine republikanische Mehrheit haben, hat die Regierung die Pflicht, die republikanische Staatsform auch durch ihre republikanische Politik und eine republikanische Propaganda zu führen. Die Regierung soll nicht nur verwahren, sie soll führen — energisch führen. Eine Regierung, die nicht führt, die nicht vorangeht, ist in einer Demokratie, in einer Republik noch unmöglicher als in einer Monarchie. Wir gehen auch schweren Auseinandersetzungen mit unseren ehemaligen Gegnern entgegen. Die Folgen des Versailles Friedens werden uns in Krisen führen, in denen wir vor allem eins nötig haben: kaltes Blut. Links und rechts von uns gibt es Phantasten, denen solche Krisen erwünscht sind. Die große Masse des republikanischen Volkes muß auf der geraden Linie unserer bisherigen Außenpolitik weitermarschieren. Ans blüht kein Reuangeheuer. Auch aus dem Osten kann das Licht nicht kommen. Wir müssen die äußerste Erkenntnis festhalten, daß wir mit den Waffen nichts erreichen können. Wir müssen erfüllen, was wir untergeschrieben haben, soweit wir es können. Sollte der Tag kommen, wo wir nein sagen müssen, dann müssen wir das gute Gewissen haben, alles versucht zu haben, was wir versuchen konnten. Die Republik, der Staat wird unablässig angegriffen der dunklen Zukunft und der schweren Notlage von links- und rechtsdiesseitigen Verzweiflungspropagandisten verfolgt und angegriffen. Wir müssen den Phantasten gegenüber den Kopf klar behalten.

Unsere Parole ist: Kein Krieg!

Wenn dieser Staat ein Kriegerlebnis ist, dann bitte auch keine Experimente mit ihm machen! Mit einem unentwidelten und noch schwächlichen Kind versucht man keine Abenteuerluststüde. Das Ziel ist zunächst, das Kind am Leben zu erhalten. Unsere Politik kann nur darauf hinausgehen, Deutschlands Leben zu retten. Wir können in diesem Augenblick den Sozialismus bei uns nicht einführen. Diese Utopisterei ist eines Sozialdemokraten unwürdig. Bei den kommenden großen Auseinandersetzungen ist unser Ziel, den Pfäh bis an die Grenze des Möglichen zu erhalten.

Groß-Berlin

Die Leere im Stadtsäckel.

Warum in Berlin „alles verlottert“.

Bei der verlogenen Hege gegen den „roten“ Magistrat Berlins, die vor den Stadtverordnetenwahlen nicht nur von deutschnationalen und deutschvolksparteilichen Wählern, sondern auch von demokratischen eifrig betrieben wurde, spielte der Vorwurf, daß in Berlin „alles verlottert“, eine Hauptrolle. Selbstverständlich läßt es in Berlin heute um nichts besser, sondern gewiß noch schlimmer aus, wenn wir nach dem durch die Kriegshege verschuldeten Zusammenbruch nicht einen „roten“, sondern einen schwarz-weißroten Magistrat erhalten hätten. Auch dann wäre die Finanzkatastrophe, unter der nicht nur Berlin, sondern alle deutschen Städte schwer leiden, mit ihrer ganzen Wucht über uns hereingebrochen und hätte die Gemeinden zu äußerster Sparsamkeit gezwungen, bei der vieles unterbleiben muß, was früher für unentbehrlich gehalten wurde.

Wie sehr die Stadtgemeinde Berlin durch die Schwierigkeiten der Finanzlage in der Durchführung ihrer kommunalen Aufgaben behindert wird, das wurde in der letzten Sitzung der Berliner Finanzdeputation erörtert, worüber der Magistrat durch sein Nachrichtenamt folgendes bekanntgab:

Der Räumerec legte eine Uebersicht vor, aus der sich ergab, daß im Vorjahre Arbeiten zum Kostenbetrage von noch fast zweihundert Millionen aus Mangel an Mitteln eingestellt werden mußten. Davon entfielen auf das Gebiet des Unterrichts zwölf Millionen, der allgemeinen Wohlfahrt zehn Millionen, der Kranken- und Gesundheitspflege dreiundzwanzig Millionen, des Bauesens zweiundvierzig Millionen, der Gemeindebetriebe nicht weniger als sechs- undneunzig Millionen. Es handelt sich dabei um Neubauten, die mitten in der Bauausführung unterbrochen werden mußten. Dabei ist das Unternehmen der Nord-Süd-Bahn nicht mit berücksichtigt. Darüber hinaus hat eine große Zahl neuer Ausgaben wiederum aus Mangel an Mitteln nicht in Angriff genommen werden können. Befamlich mußten bei der Aufstellung des Haushalts 1921 in großem Umfang die Mittel für solche Unternehmungen gestrichen werden. Im ganzen liegen gegenwärtig begonnene oder doch dringend notwendige Aufgaben der Stadtgemeinde vor, die einen Kostenaufwand von rund achthundert Millionen erfordern würden, aber in der nächsten Zeit nicht fertiggestellt oder ausgeführt werden können. Auch die neue Uebersicht von fünfundsiebzig Millionen kann darauf nichts ändern, da sie nicht zur Bezahlung neuer, sondern zur Deckung schon erfolgter Ausgaben und zur Umwandlung der schwebenden Schulden in feste bestimmt ist.

Die heute zusammentretende neue Stadtverordnetenversammlung, in der nunmehr die bürgerlichen Parteien die Mehrheit haben, sieht sich vor eine überaus schwierige Aufgabe gestellt. Vor den Stadtverordnetenwahlen haben die bürgerlichen Parteien den Wählern das Blaue vom Himmel herunter versprochen, wenn sie ihnen zum Siege verhelfen und die „rote“ Mehrheit beseitigen. Nur zu rasch dürften den Wählern, die zu diesem Wahlergebnis beigetragen haben, die Augen übergehen.

Ist auch das die Schuld des „roten“ Magistrats?

Die Entwertung der Mark, die — so schreibt eine bürgerliche Zeitungs-Korrespondenz — eine ständig wachsende Leuerung und eine dementsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter aller Arbeitnehmer mit sich gebracht hat, hat naturgemäß für alle Berliner Verkehrsunternehmen eine starke Mehrbelastung bedeutet. Die Berliner Straßenbahn berechnet die Mehrbelastung, die ihr durch die im Laufe der letzten vier Wochen eingetretene Verdreifachung aller Materialpreise und durch einen Bruchteil der geplanten Lohnerhöhung erwächst, allein auf 20 Millionen Mark. In erster Linie hat hierzu das Steigen der Kupferpreise beigetragen, die dem Kurs des Dollars und des Pfundes folgen. Eine wachsende Leuerung und die volle Gewährung der geplanten Lohnerhöhungen würden diese Mehrbelastung des Straßenbahneinsatzes noch wesentlich erhöhen. In der gleichen Lage befinden sich die übrigen Berliner Verkehrsunternehmen, die Hoch- und Untergrundbahn und die Omnibusgesellschaft. Selbst wenn, was nicht ausgeschlossen erscheint, das Reich den bebräuteten Verkehrsunternehmen zu Hilfe kommen sollte, wird eine Erhöhung aller Berliner Verkehrstarife nicht zu vermeiden sein. Sie würde bei der Straßenbahn eventuell 50 Proz., bei einem Ausbleiben anderweitiger Hilfe vielleicht sogar 100 Prozent, betragen müssen, und in ähnlichem Maße würden sich auch alle anderen Tarife erhöhen. Das Zustandekommen dieser einschneidenden Maßnahme kann sich nach ein paar Wochen verzögern, da der zuständige Instanzenweg, besonders bei der Straßenbahn als einem städtischen Betriebe, eingehalten werden muß. Daß die Tarifserhöhung aber kommt, kann leider nicht mehr bezweifelt werden.

Biedermann u. Co.

Die Verpöngungen eines Wettkonzerns.

Der zweite Wettkonzern-Prozess nahm gestern vor der 11. Strafkammer des Landgerichts I seinen Anfang. Wegen Betrugs, gewerbsmäßigen Glücksspiels bzw. Beihilfe sind angeklagt: der Wettkonzerninhaber Daniel Friedrich Biedermann, der Wettkonzerninhaber Max Meyer in Charlottenburg, der Kaufmann Leopold Isak in Charlottenburg und der Kaufmann Will Isak in Berlin. Biedermann hat in England ein Kartoffelgeschäft betrieben, er will während des Kriegs interniert gewesen und im März 1919 nach Deutschland zurückgekehrt sein. Er ist dann wegen Betrugs und Unterschlagung verurteilt worden und ging nach Verbüßung seiner Strafe nach Berlin. Hier unterhielt er zunächst ein Informationsbureau für französische Werten, dann begründete er einen der vielen Wettkonzerne in Gemeinschaft mit dem Angeklagten Meyer als Handelsgesellschaft im Hause Belle-Alliance-Straße 8 unter der Firma „Biedermann, Kempf-Konzern“.

Als Biedermann am 20. August d. J., also nach 8 Wochen, die Karten seines Konzerns schliessen mußte, waren etwa 3000 Einzahler vorhanden und die Gesamtsumme der Einzahlungen betrug 5990340 M. In ihren Prospekten versprochen sie eine Verzinsung von 150 Proz. des Einlagekapitals nach Ablauf von zwei Monaten, was eine Verzinsung von 900 Proz. pro Jahr bedeutet. Der inzwischen erfolgter Zusammenbruch der vielen Konzerne hat gezeigt, daß kein einziger sein Versprechen, solche riesige Dividenden zu zahlen, hat erfüllen können. Die erfolgten Auszahlungen sind nur dadurch ermöglicht worden, daß die früheren Einzahler mit den Einlagen der späteren Kunden befriedigt worden sind. Diese auf die Konzerne im allgemeinen zutreffende Entwicklung hat sich auch bei dem Biedermannschen Konzern gezeigt. So glänzend die Einzahlungen von Seiten des Publikums eingingen, so ungünstig verliefen die von Biedermann angelegten Werten. Bei Einstellung des Geschäftsbetriebes ergab sich, daß Biedermann durch seine Werten

1897 400 M. gewonnen, aber 4717600 M. verloren hatte.

Nach den Feststellungen des gerichtlichen Sachverständigen sind in den 8 Wochen außerdem 84175 M. für Geschäftsumkosten, 8530 M. für Inzerate und 107315 M. für Provisionen verbucht worden. Die

Kunden haben gütigstenfalls nur Aussicht auf die Rückerstattung von 40 Proz. ihrer Einlagen. — Die Angeklagten werden durch die Rechtsanwältin Dr. Julius Meyer I, Justizrat Gebser, Rechtsanwalt Bendig und Rechtsanwalt Ber vertheidigt. Die Angeklagten bestreiten jede Schuld. Namentlich blieb Biedermann am ersten Verhandlungstag gegenüber den Vorhaltungen des Vorstehenden dabei, daß er infolge seiner sportlichen Fachkenntnisse und seines „Wettglückens“ sehr wohl in der Lage gewesen sei, 150 Proz. Dividenden in 8 Wochen zu versprechen. Sein Unternehmen sei von dem Ersten Staatsanwalt Köhler und dem Amtsgerichtsrat Schürich beanstandet worden, deren Ratsschläge er befolgt haben will. Diese beiden Herren wurden sofort als Zeugen vernommen und befragt, daß sie mit Biedermann den von ihm erlassenen Prospekt lediglich am Bierisch besprochen und zur Vorsicht gemahnt hätten.

Wir werden das Urteil mitteilen.

Kein Trinkgeld mehr!

Ein Witzblatt feiert in sensationeller Weise „die Unterwerfung des Trinkgeldes“. In 18 namentlich aufgeführten Lokalen will der Bewährenmann des Quartals Vertragsbrüche, d. h. die Annahme von Trinkgeld festgesetzt haben. Bei Teilschick am Zoo habe die Entdeckungsbegonnen. Teilschick ist unseres Wissens eine Kon- ditorerei. Konditorerei aber haben mit dem Konflikt im Gast- wirtsgewerbe nichts zu tun. Aber auch Restaurants sind aufgeführt wie der Kaffeehaus in Charlottenburg, der Wirtshaus zweiter Klasse des Bahnhofs Zoologischer Garten. Der „Vorwärts“ erklärte jüngst, kein Kellner bringe das Kunststück fertig, Trinkgeld anzunehmen, wenn das Publikum kein Trinkgeld gibt. Dem wurde entgegen- gehalten, daß die Kellner sich meist das Trinkgeld beim Bezahlten nehmen, indem sie den Restbetrag einfach einbehalten und mit einem „Danke“ quittieren. Auch zu dieser Unverschämtheit gehören zwei Parteien; eine, die sie läßt und die andere, die sie sich gefallen läßt. Herausgeben lassen und wenn es nur ein Groschen wäre!

Einigung im Straßenbahnerstreik.

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Magistrats Stadtbaurat Dr. Ing. Adler, Stadtrat Schlichting und den Vertretern der in einen Teilaustausch getretenen Straßenbahner haben nach langen Beratungen und nachdem schon die Einigung zu scheitern drohte, zu einer Ueberbrückung der Differenzen geführt. Die Ausständigen verlangten die Bezahlung des Streiktages. Diese Forderung lehnten die Vertreter der Straßenbahn ab, worauf die Verhandlungen abgebrochen wurden. Demnach angerufenen Oberbürgermeister Böß gelang es dann, eine Einigung herbeizuführen. Die Ausständigen wollen nunmehr auch ohne Bezahlung des Streiktages die Arbeit wieder aufnehmen.

Auch Kranklein wird teurer.

Wer nicht einer Krankenliste angehört, der muß jetzt tief in denbeutel greifen, wenn er sich den „Lugus“ einer Krankheit leisten will. Die Vergütungen haben ihre Honorarhöhe erhöht und wieder erhöht, weil auch für sie die Mark heute nicht mehr wert ist als für andere Leute, und aus demselben Grunde sind den Apothekern wiederholte Preissteigerungen zugelassen worden. Manimal ist allerdings die Steigerung des Preises der Arzneien so toll, daß der Schreck darüber den Kranken auf der Stelle gesund machen könnte. Ein Genosse teilt uns mit, daß er für eine ihm herbeigekommene Arznei aus Jodkali, die er am 1. November mit 14,60 Mark bezahlt hatte, bei der Erneuerung am 5. November plötzlich 34,50 Mark zahlen mußte. Auf seine erste Frage, wie das zu erklären sei, wurde ihm geantwortet, am 2. November seien neue Preise in Kraft getreten. Er nimmt an, daß die Apotheker, so weit sie noch große Vorräte auf Lager haben, an den billig eingekauften Waren bei dem Verlust zu erhöhten Preisen einen lehr „anständigen“ Profit einladen. Das ist schon möglich. Leider kann man sich diesen Preissteigerungen ebenso wenig wie den Verteuerungen der Lebensmittel entziehen.

Unhaltende Fernsprechkörungen. Im Fernsprekbetriebe wird der Verkehr noch durch Störungen nach Westdeutschland beeinträchtigt. Im ausländischen Fernsprekverkehr besteht noch die Verständigung mit Wien, Prag, Budapest, Paris, Rotterdam und Christiania. Auch im Verkehr mit dem Haupttelegraphenamt sind hauptsächlich noch die Linien nach dem Westen sowie zwischen Halle und Erfurt gestört. Im Fernsprekbetrieb mit dem Ausland fehlt namentlich noch die Verständigung mit Rom, Mailand, Antwerpen, Brüssel, Haag, Rotterdam und Kopenhagen.

Zu dem mutmaßlichen Mädchenmord in Glafow bei Pablow wird uns mitgeteilt, daß der Lehrer Kirchhof, in dessen Schulwohnung seine Geliebte tot aufgefunden wurde, verhaftet worden ist. Bei seiner Vernehmung durch Kriminalkommissar Zettin, der an den Fundort entsandt worden war, gab der Lehrer an, daß das Mädchen, deren Eltern in Glafow wohnen, das aber in Berlin beschäftigt war, an Herzkrämpfen, an denen es schon früher gelitten habe, gestorben sein müsse. Er habe es, als er nach Hause gekommen sei, tot in seinem Bett liegend aufgefunden. Er habe die Leiche nach der Kirche gebracht und dort vergeblich Wiederbelebungsversuche unternommen. Vollständige Aufklärung dürften die weiteren Untersuchungen und die Obduktion der Leiche ergeben. Auffällig ist die Befundung des Mädchens, das, als es am Sonnabend seine Arbeitsstätte in Berlin verließ, geküßert hatte, daß es, wenn es Montag nicht wiederkomme, eine Leiche sei.

Das Ende einer Liebe. Ein Verbrechen, das bereits am Dienstag nachmittag verübt worden ist, wurde gestern abend in dem Hause Malplaquestr. 7 entdeckt. Dort erschloß der 31 Jahre alte Arbeiter Franz Willmann seine Geliebte, die gleichaltrige Frau Lina Sohn, mit der er zusammen wohnte, und dann sich selbst. Beide waren verheiratet, lebten jedoch von ihren Ehegatten getrennt. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht.

Verkehrshörung auf der Wannseebahn. Durch Defekte werden einer Reihe entlang gestört auf der Wannseebahn während des stärksten Berufsverkehrs eine erhebliche Verkehrsbehinderung. Zahlreiche Zugfälle der auf der Strecke liegenden Züge verlieren diese und beenden sich zu Fuß nach den nächst liegenden Bahnhöfen Großgörschenstraße und Schöneberg. Bereits am Vormittag war die Störung wieder behoben.

Eine sehr vernünftige Einrichtung. Der Magistrat Potsdam hat folgende dankenswerte Einrichtung getroffen. Alle Beamten und Angestellten des Städtischen Elektrizitätswerkes, die beauftragt sind, Reparaturen vorzunehmen, Störungen zu beseitigen oder aus irgendeinem Grunde Zutritt zur elektrischen Anlage haben müssen, sowie die Monteurs, Ableser, Ableserinnen, Kassierer und Kassiererinnen sind mit beglaubigten Ausweisen mit Lichtbild versehen. Personen, die keinen beglaubigten Ausweis vorzeigen können, erscheinen nicht im Auftrag des Elektrizitätswerkes. Die Monteurs, Ableser und Kassierer müssen außerdem noch Dienstnummern tragen.

Das Theater Kollis Caprice hatte am Dienstagabend Veranstaltung dreier Einakter: zwei Vollen von Louis Paul Klein: „Ansolvent“ und „Die Dame im Veil“ und sein „Blud“ von R. Schwanitz, das eigentlich auch „Die Dame im Veil“ heißen möchte, für „Das Liebeshotel“ nennt und trotz seiner gewagten Einbeutigkeit literarisch noch das wertvollste ist. Das Stück wurde von Mischner und Münchinger vorgelesen. Die Schäringer, Ober Platen und Erich Niedbuerger mit Einbeutung einer guten Linie im Stil und Drama gespielt. Schiller war da Vorbild: Uebermäßig und toll ging es bei der „Dame im Veil“ zu. Ein Doman war besagte Dame, eine ganz wackere Berliner Dame mit bloß Mundweil. Herr Gränicher lag hier weit mehr das „Ansolvent“ seines Humors spielen. Kon löblt bei ihm immer Komikgenüsse. Rudolf Bergl gab einen Witzfabrikanten aus literarisch typische ähnliche Züge, während er im „Ansolvent“ einen trefflich karikierten Buchhändler aus dem Reichsbücherei der Wiener Leopoldstadt auf die Bühne stellte. Marie Gränicher, Grete Dieckes, Erich Wille (trefflicher Spezialist für Charakterstudien: einmal ein kletternder Handelsmann, das andere Mal ein schlichter und dann zur Weib erzogener Junge) und Alice Glanz. Erobert taten mit gutem Geschick das ihre zum Gelingen.

Das Staatliche Schauspielhaus in Potsdam. Heute, abends 7 1/2 Uhr, veranstaltet das Volkshochschulamt Potsdam in Gemeinschaft mit dem Staatlichen Schauspielhaus im neuen Saal der Neuen Welt, Potsdam, eine Aufführung von Goethes „Iphigenie auf Tauris“ mit guter Besetzung. Eintrittskarten zum Preise von 5 M. sind in den durch Anschlag bekanntgemachten Geschäften sowie im Bureau des Volkshochschulamtes, Rathaus, Zimmer 267, und an der Abendkasse erhältlich.

Dr. Fritz, Berlin, Ost. Reden. „Entwicklung, Ziele und Erfolge der Naturforschungsvereine“, Einleitendortrag heute in der Aula des Luisenstädtischen Gymnasiums, Steinstraße 49, abends 8 Uhr. Eintritt 2 M. Vortragender: Dr. Helfer.

3. Kreis. Wilmersdorf. Mitgliederversammlung im „Vittoriargarten“, Wilhelmstraße 114-115. Thema: „Die Regierungsbildung in Preußen“. Die im Zentralnachrichtendienst für Kriegsverwundete und Kriegesgefallenen in Spandau beschäftigten Kriegesgefallenen (Arbeiter, Angestellte und Beamte) treffen sich Freitag, den 11. d. M., nachmittags von 3 1/2 Uhr ab im Lokal von Alfred Jäger, Spandau, Wilhelmstraße 10, Kienförderstraße. Inauguralvortrag: Gruppe Spandau, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Neuenhoferstraße 50, Vortrag über: „Nationalismus“. — Gruppe Kreuzberg, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Rosenthaler Straße, Vortrag über: „Gruppe Friedrichshagen“. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Schornbergstraße, Vortrag über: „Gruppe Schöneberg“. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Eichenstraße 60, Vortrag über: „Gruppe Neptun“. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Eichenstraße 60, Vortrag über: „Gruppe Friedrichshagen“. 7 1/2 Uhr in der Gemeindehalle, Straßmannstraße 8, „Die Entwicklung des modernen Proletariats“, Ref. Robert Keller.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Wohlfahrts-Komitee „Solidarität“, Ortsgruppe Berlin. Die Jugendabteilung veranstaltet am Freitag, den 11. November, abends 7 Uhr, im Lokal Rödernstraße 114 einen Lichtbildervortrag. Alle jugendlichen Bundesangehörigen sowie Gäste sind herzlich eingeladen. — Touristen-Verein „Die Kaiserfahrt“,

Groß-Berliner Parteinachrichten.

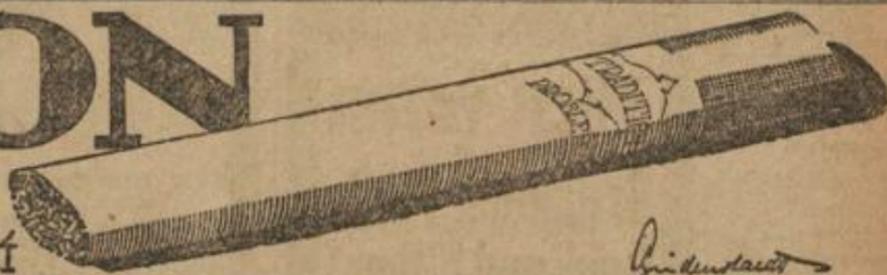
Morgen, Freitag, den 11. November:
 M. Kreis. Reinickendorf, 6 Uhr im Rathaus Wilmersdorf erweiterte Kreiserversammlung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
 N. Kreis. (früher 21.). 7 1/2 Uhr bei Frau, Große Frankfurter Str. 17, große Funktionärsversammlung.
 O. Kreis. Wilmersdorf, 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Sonnemann, Chausseestraße 99. Thema: „Bericht vom Parteitag“, Ref. Emil Lehmann.
 S. Kreis. Wilmersdorf, 8 1/2 Uhr bei Frau, Große Frankfurter Str. 17, große Funktionärsversammlung. Alle jugendlichen Mitglieder werden wegen einer Reichstagsausführung gebeten, zu erscheinen.

Weiter bis Freitag mittag. Trocken und überwiegend heiter, bei meist schwachen nördlichen Winden. Wärrer in den Tagesstunden gelinder Frost.

TRADITION

PROBLEM

Garantiert erste Qualität



Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus
 Versiegelt
 Josephs-Legende
 7 1/2 Uhr

Schauspielhaus
 Auler Abonnement
 Peer Gynt
 7 1/2 Uhr

Deutsch. Theater
 Louis Ferdinand,
 Prinz von Preußen
 Freitag 7 1/2; Louis Ferdinand,
 Prinz von Preußen

Kammerspiele
 5: Der Hühnerhof
 7: Götz von Berlichingen

Gr. Schauspielh.
 (Karlstr.)
 7: Götz von Berlichingen

Theater L. d.
 Königgrätzer Str.
 Täglich 7.30 Uhr:
 Manon Lescaut
 (Orska, Janssen, Riemann,
 Bildt, Brandt, Picha, Rehkopf,
 v. Twardowski, Apelt, Klupp)

Komödienhaus
 7 1/2 U.: Die Fahrt
 ins Blaue
 (Göhner, Richard, Engl,
 Pröckl, Stieda)

Berliner Theater
 Täglich 7.30 Uhr:
 Prinzessin
 Olala
 Fritz Massary a. G.
 Ralph Arthur Roberts,
 Pepl Zampa, Hb. Kiper

Central-Theater
 7 1/2 U.: D. Detektivmädels
 Deutsches Opernhaus
 7 1/2 U.: Rigoletto
 Friedr. Wilhelmstadt. Th.
 8 Uhr: American Girl
 Intimes Theater
 8 U.: Die Spielbank / Laut
 doch nicht immer nach
 herum
 Kleines Schauspielhaus
 7 1/2 U.: Kiki (Lustsp.)
 Lustspielhaus
 7 1/2 U.: Peter Brauer
 Metropol-Theater
 7 1/2 U.: Die Straßensängerin
 Neues Operettentheater
 7 Uhr: Königin d. Nacht
 Neues Theater am Zoo
 7 1/2 U.: Das Ewig-Männliche
 Neues Volkstheater
 7 1/2 Uhr: Jugendfreunde
 Schiller-Th. Charlottenb.
 8 Uhr: Don Carlos
 Schloßpark-Th. Steglitz
 7 1/2 Uhr: Das Konzert
 Thalia-Theater
 7 1/2 U.: Schäm' Dich, Lotte
 Theat. a. Hollendorferplatz
 7 1/2 U.: Der siebz. Holländer
 8 U.: Die Ehe im Kreise
 Theater des Westens
 7 1/2 U.: Braut d. Lucullus
 8 1/2 U.: Hänsel u. Gretel
 Th. d. Kommandantenstr.
 (Jdd. Künstler-Theater)
 7 1/2 Uhr Dybuk
 Wallner-Theater
 7 1/2 Uhr: Nixchen
 Volkoper, Walhalla-Th.
 8 Uhr: Glocken v. Cornoville

Stürmischer Erfolg

Walhalla-Theater

ab 11. November, täglich 7 1/2 8 Uhr

Die große Operette

VON
Jean Gilbert

Jung muß man sein

Mitwirkende:
 Else Böttcher a. G.
 Alfred Lütner a. G.
 Theo Lucas a. G., Grete
 Sellia, Maria Grimm-
 Einödshofer, Sophie Kaniss,
 Martha Winter, Harry Collin,
 Karl Neisser, Hans H. Zerlett

Der berühmte Komponist
Jean Gilbert dirigiert

Freitag, Sonnabend, Sonntag persönlich

Schlager auf Schlager

Admirals-Palast
 7 1/2 Uhr: Abakadabra

Manik. Kammerspiele
 Bismarckstr. 111, a. a. S. U.
 Claire JACHÉ in
 Doktor + Waschküche

Apollo-Theater
 7 1/2 Uhr: Die Sensation
 Berlins

Frau Luna
 Große Ausstattung
 Operette von
 Paul Lincke
 mit dem
 Grigolats-
 Luft-Ballett
 Gskar Sabo a. G.
 Else Berna
 Martin Keitner
 Fritz Area
 Fritz Stiehl
 50 Damen-
 Ballett!
 Vorverkauf
 ununterbrochen

Hagenbeck
 Potsdamer Straße
 (Kleispark)
 Täglich 7 1/2 8 Uhr
 Die Elitetruppe
 der Dompteur-
 kunst und Artistik
 Vork. Warenh. Tietz
 u. Hagenbeck-Katzen

Reichshallen-Tn
 Stettiner
 Sänger
 Abds. 7 1/2 u.
 8 1/2 u. Pr.
 Varietédän-
 nerei-Brettel

Urbin
 der gute
 Schuhputz

**Sage nicht,
 Du willst etwas zum Putzen
 Sage stets, Du möchtest
 Urbin
 benutzen!**

Man verlange in allen einschlägigen Geschäften
 ausdrücklich

**Urbin-Terpentinölware
 die noch nie erreichte Qualität!**

Circus Busch

Donnerstag, 10. November, abds. 7 1/2 Uhr
 Die neue Romanen-Sensation
Corty-Rithoff's
Straufführung!
 Das gewaltige indische
Manege-Schauspiel
 Die
**Schlange
 der
 Durgha.**

Ein indisches Schicksal in 7 Akten, erzählt
 und für die Manege bearbeitet von
 Paula Busch u. Paul A. Kirstein.
 Rollen und Schürzen Prof. Hans-Heye,
 Deutsches Haus-Regie u. Regist.
 Auch nach einzelnen Abenden bis Wk.
 Schlußzeit von 20 Minuten
 Richard Riegel.

In den Hauptrollen:
Amara, Paula Busch
 als Schlangengötterin persönlich.
 Der indische
Prinz + Blauvelt a. G.
 1. Akt: Amara, die Schlangengötterin.
 2. Akt: Im Palast des Maharadscha.
 3. Akt: Das Fest der heiligen Schlange.
 4. Akt: Die indische Höhenwanderung.
 5. Akt: In der Schlange.
 6. Akt: Der erste Aufstieg.
 7. Akt: In Zunder der Durgha.
 In 8. Akt: Die große Versuchung durch
 das Wasser. Entkommene Nerven-
 schmerzen. Schlangengötter. Schluß.

500 Sitzplätze 500

Das gewaltige Tierma erlöst die
 am dem berühmten Stierkämpfer
 Tierpart Carl Bogendahl geliefert.

Gastspiel Eisenbahn-Rechtler
 bis 15. November verlängert!
 Cornerhaus Westheim u. Circusloffen.

Metropol
 Behrenstr. 64
 8 Uhr
11 Sensationen

**FÜR ALLE
 KREDIT
 L. Sinner**

Wenn Sie Ihren Bedarf in einzelnen Möbel-
 stücken oder einer vollständigen Wohnungs-
 einrichtung nach nicht gedeckt haben sollten,
 bitte ich Sie um unverbindlichen Besuch
 meiner Verkauf- und Ausstellungsräume.
 Täglich werden Möbel teurer, trotzdem Befehle
 ich, solange der Vorrat reicht, nach zu alten,
 billigen Preisen und gewähre meinen Kunden
 auf Wunsch Kredit unter überaus günstigen
 Zahlungsbedingungen. Meine vier Geschäfte,
 Drennestr. 1, Frankfurter Allee 202,
 Kottbuser Damm 103 und Charlottenburg,
 Scharrenstraße 4, enthalten eine Fülle ein-
 gangiger Spielstühle, Herrenzimmer, Schlaf-
 zimmer, farbiger Küchen, Kleiderkabinen,
 Metallbetten usw., ebenso sind auch die Läger
 in Toppleben, Gardinen, Porzellan gut sor-
 tiert. Wer Geld sparen will, kauft sofort!

**Theater am
 Kurfürstendamm**
 Abends 8 Uhr
Ingeborg
 Echersberg, Sand-
 rock, Goetz, Günther,
 Walter

Tribüne 7 1/2 Uhr:
Die fremde Frau
 (La femme X...)
 mit Rosa Valetti

Größenwahn
 Leitung Rosa Valetti
 Abends 8 1/2 Uhr

WINTERARTEN
 Varieté-Spielplan
 Rauchen gestattet!

Quecksilber jedes
 Quant
 kaut Metall-Kontor
 John, Alie Jakobstr. 118

Luchfabrik-Miederlage
 H. Lamprecht, Berlin-Neptun, Dönhofsstr. 17
 liefert direkt an Private Stoffe für Herren und
 Damen zu Fabrikpreisen. Hüter- und Ballettstoffe
 Geschäftsbereich von 9-7 Uhr

Ankauf von Bibliotheken,
 Archiven, Kunstablatten, Gou-
 schen, Autographen, Münz-
 werken aller Art, Handschriften
 mit und ohne Illustration, alten
 Büchern, einzelnen Wärdern von
 Wert, Schenkungen usw.

Martin Breslauer,
 Verlagshändler und Antiquar
 Berlin SW 11, Prenzlauer Str. 46

Spezial-Behandlung
 von Geschlechts-, Haut- und Harnleiden jeder
 Art bei Männern u. Frauen, Spez. veralt. Harn-, nerv.
 Schwäche usw. ohne Operation u. Berufsstörung. Be-
 sonders für Kranke, welche anderwärts nicht Ausge-
 heilt worden sind. Anwend. d. wissenschaftl. anerkannt.
 u. glanz bewährten künstl. Harnsonne (Blutunter-
 suchung) Sprechst. 11-12 4-7 Sonnt. 12-1 Uhr.
 Dr. Hermanns, Elsassstr. 42.1 Ecke Friedrichstr.
 4 Min. v. Stern Pl.

Theat. u. Kottbus. Tor
 Tel. Kottbus 16777
 Tägl. 7 1/2 Uhr und
 Sonnt. nachm. 3 U.
Gitte-Sänger
 10 Personen
 Wkt. Komit!
 2m. halbe Grotte
 Ruh. 11-12 u. 4-6

Casino-Theater
 Lehnring, Str. 37 Tägl. 7 1/2
 Gänzl. neues Programm.
 Der Schlager der Saison
Der Weg z. Glück
 Volksstück in 4 Aufzügen
 Volksstümliche Preise!
 Sonnt. 3 1/2; Pantoffelheld

iteffer
 Bild, auch die
 herindigieren,
 fetthaltig, großporig Haut
 lassen sich nur durch die seit
 30 Jahren höher bewährte
 Panna Creme befeuchten!
Otto Reichel,
 Wn. 50 43, Reichendamm 4

Schwarz-Rot-Gold
 Republikanisch-Abzeichen
 in Semi-Email u. u. Metall
 liefert Angewandte-Fabrik
 C. O. Schubert, Köln,
 Komödienter. 60, Muster
 gegen Einsendung v. M. 2.

**Die
 Abreibung
 der Leibestrudn**
 von Univ.-Professoren
 A. Großhahn u. S. Hadbruch
Wichtig
 für Eheleute, Ärzte
 und Hebammen
 Preis M. 2.-
 Buchhandl. Vorwärts
 Berlin SW, Lindenstr. 2

**Krause
 Pianos
 zur
 Miete**
 Ansbacher Straße 1,
 Ecke Kurfürstendamm.

**Rasenbleiche
 im Winter**
 wird bei größter Schonung der Wäse u. grosser Kräfte
 an Arbeit ersetzt durch das in allen Geschäften erhältliche
Oranienburger Seifenpulver „Sitora“.
 Ein vorzügliches, billiges und bequemes Waschmittel von
 wundervoller Wirkung u. frei von schädlichen Beimischungen.
 Alleinige Fabrikanten: Chemische Fabrik Gies, Oranienburg.

Residenz Theater
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Der König in Paris
 Olga Limburg, Kaiser-Tiz,
 Else Wanz

**8 Uhr
 SCARPA
 11**
 Künstlertruppen

